

zda

Zentrum für
Demokratie
Aarau

Centre for Research on Direct Democracy c2d | UZH
Allgemeine Demokratieforschung | UZH
Politische Bildung und Geschichtsdidaktik | PH FHNW

Thomas Milic, Salim Brüggemann, Uwe Serdült

FOKUS Aargau

Studie zur Aargauer Grossratswahl
vom 18. Oktober 2020

FOKUS Aargau Nr. 7, Dezember 2020

berichte.fokus.ag
www.zdaarau.ch

SWISSLOS
Kanton Aargau

publitest
publitest

Inhaltsverzeichnis

1 Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick	2
2 Die Ausgangslage	4
3 Die Beteiligung	4
3.1 Die Beteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen	4
3.2 Die Gründe der Nicht-Teilnahme	7
4 Die Meinungsbildung	9
4.1 Der Entscheidzeitpunkt	9
4.2 Die Informationsgrundlagen	9
4.3 Die Wahrnehmung der Kampagnenaktivitäten	10
5 Der Wahlentscheid	12
5.1 Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen	12
5.2 Der Wahlentscheid nach politischen Merkmalen	16
5.2.1 Die Parteibindung und der Wahlentscheid	16
5.2.2 Sachfragenpräferenzen und der Wahlentscheid	17
5.2.3 Die Links-rechts-Selbsteinstufung und der Wahlentscheid	24
5.3 Wählerwanderungen	26
5.4 Neuwählerinnen und Neuwähler	32
6 Methodischer Steckbrief	33
6.1 Die Datenerhebung	33
6.2 Die Stichprobe	33
6.3 Die Gewichtung	33
6.4 Zur Inferenz	35
Anhang	37
Abbildungsverzeichnis	47
Tabellenverzeichnis	48
Impressum	49

1 Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

Grossratswahl Wie schon bei den Nationalratswahlen konnten die beiden grünen Parteien glp und Grüne kräftig zulegen. Ihren Wahlerfolg verdankten die Grünen zum einen dem Zustrom ehemaliger SP-Wählender und zum anderen den Jung- und Erstwählenden, die überdurchschnittlich oft grün votierten. Die glp wiederum hatte Mühe, die eigene Wählerschaft von 2016 abermals an die Urnen zu bringen, aber es gelang ihr, viele ehemalige Wählende der Mitte- und der Linksparteien von einem Wechsel zu überzeugen. Die SP mobilisierte zwar gut, aber rund ein Zehntel ihrer Wählerschaft von 2016 wechselte heuer die Parteifarben – von rot auf grün. Die CVP konnte wie schon bei den Nationalratswahlen 2019 auf eine treue Stammwählerschaft zählen, die disziplinierter als andere Parteienhängerschaften zur Urne ging. Die FDP und vor allem auch die SVP hatten Mobilisierungsprobleme: So partizipierten nur 37 Prozent der SVP-Sympathisierenden an den Grossratswahlen. Vom BDP-Rückzug profitierte hingegen kaum eine Partei, denn über 80 Prozent der BDP-Sympathisierenden blieben den Urnen fern. Auch solche, die sich nicht zwingend mit der BDP identifizieren, aber vor vier Jahren der BDP die Stimme gaben, verzichteten heuer oft auf eine Stimmabgabe. Von jenen, die teilnahmen, legte eine relative Mehrheit die glp-Liste ein.

Auffällige Unterschiede zwischen den Parteiwählerschaften sind sowohl beim Alter als auch beim Geschlecht auszumachen. Die CVP-Wählerschaft weist das höchste Durchschnittsalter auf, während glp und die Grünen für junge Wählende besonders attraktiv waren. CVP-Wählende teilen auf der einen Seite eine ganze Reihe linker und grüner Anliegen, befürworten auf der anderen Seite aber auch eine Verschärfung des kantonalen Sozialhilfegesetzes und einen Stellenausbau bei der Polizei. Die SP und Grünen haben besonders bei den jüngeren Frauen gepunktet. Stark vertreten sind die beiden Linksparteien ausserdem im Erziehungs- und Gesundheitswesen. Was sachpolitische Präferenzen betrifft, so unterscheiden sich die Wählerschaften der Grünen und SP kaum. Den Ausschlag zwischen den beiden Parteien gaben nebst tief verwurzelten Parteibindungen die Intensität, mit welcher klimapolitische Massnahmen unterstützt werden: Wer vehement ein Verbot von Ölheizungen und anderweitige dringliche Massnahmen zum Klimaschutz fordert, legte öfter grün statt rot ein. SVP-Wählende wiederum sind überdurchschnittlich oft pensionierte Männer, haben ein vergleichsweise tiefes Haushaltseinkommen und eine Berufslehre bzw. höhere Berufsausbildung absolviert. Sachpolitisch unterstützen sie eine Verschärfung des Asylrechts und des kantonalen Sozialhilfegesetzes, aber auch die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare sowie die Einführung von Transparenzregeln zur Kampagnen- und Parteienfinanzierung finden aktuell eine Mehrheit. Wählende der FDP sind hoch gebildet und verfügen über ein hohes Haushaltseinkommen. Ein ganz ähnliches soziales Profil wie die FDP weist die glp-Wählerschaft auf. Die glp war indessen für Jung- und Erstwählende attraktiver als die FDP.

Stimmbeteiligung und Meinungsbildung Betreffend Höhe der Stimmbeteiligung kam es zu keinerlei Überraschungen. Sie lag im Rahmen des zu Erwartenden und wich nur geringfügig von derjenigen im Jahr 2016 ab. Höheres Alter und Bildungsniveau wirkten sich positiv auf die Beteiligung an den Wahlen aus. Die Altersunterschiede sind frappant: Während die über 70-Jährigen sich zu knapp 60 Prozent beteiligten, liegt die durchschnittliche Wahlbeteiligung der Jüngeren (18–39 Jäh-

rige) bei mageren 20 Prozent.

Ausschlaggebend für den Wahlerfolg einer Partei ist nicht zuletzt, wieviele ihrer Sympathisierenden sie an die Wahlurnen zu bringen vermag. Gut mobilisierte die SP, hingegen bekundete die SVP Mühe, ihre Anhängerschaft zur Wahlteilnahme zu bewegen. Die meisten Sympathisierenden (82 %) der nicht mehr antretenden BDP blieben den Wahlen indessen fern. BDP-Sympathisierende, die heuer den Urnen fern blieben, gaben rund fünfmal so oft wie der Rest als Abstinenzgrund an, dass die eigene Partei chancenlos gewesen sei. Vom BDP-Rückzug profitierte somit primär die "Partei der Nichtwählenden". Die Gewinnerinnen der Wahlen 2020 im Kanton Aargau, die Grünen und die glp, hatten bei der Ausschöpfung ihres Potentials beide noch Luft nach oben.

Auffallend ist zudem, dass beide grossen Wahlsiegerinnen, glp und Grüne, ihren Erfolg relativ spät sicherten, dank den Stimmen von Spätentschlossenen.

2 Die Ausgangslage

Am 18. Oktober 2020 wählte das Aargauer Stimmvolk die 140 Mitglieder des Grossen Rats neu. Nachdem sich an den Nationalratswahlen vom Oktober 2019 noch beinahe 45 Prozent der Aargauer Stimmberechtigten beteiligt hatten, sank die Wahlbeteiligung am 18. Oktober 2020 auf 33 Prozent. Das Resultat der Grossratswahlen fiel indessen ähnlich aus wie jenes der Nationalratswahlen: Zulegen konnten insbesondere die beiden grünen Parteien glp (+3.97 Prozentpunkte, +6 Sitze) und Grüne (+2.96 Prozentpunkte, +4 Sitze) und in etwas geringerer Masse auch die CVP (+0.70 Prozentpunkte, +1 Sitz), während FDP (-1.29 Prozentpunkte, -1 Sitz) und SVP (-1.63 Prozentpunkte, -2 Sitze) Verluste hinnehmen mussten. Einzig das SP-Ergebnis folgte diesem Konsolidierungsmuster nicht: Aus den Nationalratswahlen ging die SP noch leicht gestärkt hervor (+0.39 Prozentpunkte), bei den kantonalen Parlamentswahlen verlor sie indessen an Boden (-2.37 Prozentpunkte, -4 Sitze). Die EVP und die EDU konnten ihren Wähleranteil mehr oder weniger halten, während die BDP heuer nicht mehr zu den Wahlen antrat.

3 Die Beteiligung

3.1 Die Beteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen

Die Beteiligung an den diesjährigen Grossratswahlen blieb in etwa auf demselben Niveau (33.04 %) wie bei den Wahlen vor vier Jahren (32.8 %). Auch an der soziodemographischen Zusammensetzung des Wahlkörpers änderte sich 2020 kaum etwas im Vergleich zu 2016: Männer (36 %) partizipierten etwas fleissiger als Frauen (32 %), wobei die aktuellen Beteiligungszahlen für beide Geschlechter ziemlich genau jenen von 2016 entsprechen. Sodann gingen ältere Wahlberechtigte erheblich häufiger zur Urne als jüngere Wahlberechtigte. Bei den über 70-Jährigen betrug die Wahlbeteiligung knapp 60 Prozent, während rund acht von zehn der 18–30-Jährigen der Urne fernblieben. Von einer Jugendmobilisierung kann demnach nicht die Rede sein. Tatsächlich fiel die Abstinenzquote bei den jüngeren Wahlberechtigten (18–39 Jahre) etwa gleich hoch aus wie bei den letztmaligen Grossratswahlen vor vier Jahren.¹

Hinlänglich bekannte Beteiligungstreiber wie hohe Bildung und hohes Einkommen wirkten sich auch heuer auf die Beteiligungswahrscheinlichkeit aus: Wahlberechtigte mit Universitätsabschluss nahmen deutlich öfter an den Wahlen teil als solche ohne nachobligatorische Bildung oder mit Berufsausbildung. Zuletzt waren einkommensstarke Gruppen im Wahlkörper stärker vertreten als einkommensschwache Gruppen (siehe Tabelle 2 im Anhang).

Der Wahlerfolg einer Partei ist oft (auch) davon abhängig, ob es ihr gelingt, die eigene Anhänger-schaft an die Urnen zu treiben. Als Parteianhänger/in gelten in der vorliegenden Untersuchung jene, die auf die Frage hin, welcher Partei sie am nächsten stehen, eine *materielle* Antwort gaben. Der Grad der Verbundenheit zur Partei unterscheidet sich indessen von Person zu Person: Einige Sympathisierende identifizieren sich stark mit ihrer bevorzugten Partei, andere haben eine weni-

¹ https://www.ag.ch/de/dfr/statistik/statistische_daten/statistische_daten_details/dynamische_detailseite_10_96013.jsp

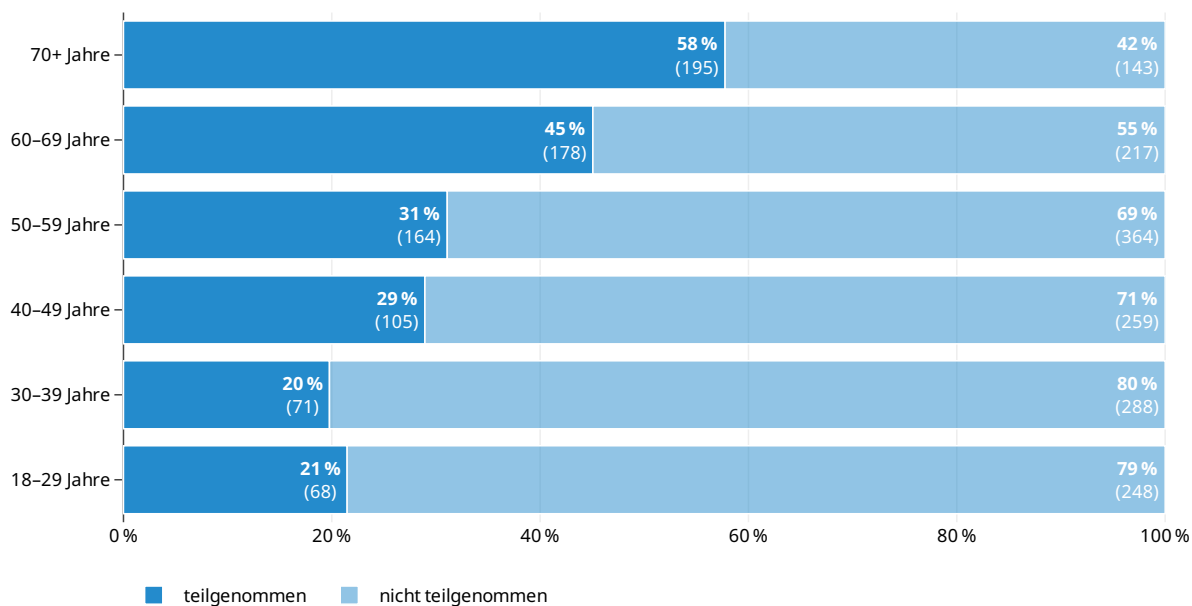


Abbildung 1: Teilnahme nach Alterskategorie (n = 2'300)

ger starke Bindung zu ihr. Die Mobilisierung der letztgenannten Sympathisierenden fällt naturgemäss schwerer als bei den affektiv stark mit ihrer Partei Verbundenen. Kurz, es ist unrealistisch zu erwarten, dass Parteisympathisierende keinen einzigen Urnengang auslassen. Genau so verhielt es sich auch bei den Grossratswahlen 2020. Tatsächlich gelang es bloss wenigen Parteien, nur schon *die Hälfte* ihrer Anhängerschaft zur Stimmabgabe zu motivieren.

Insgesamt ist es ausgerechnet jener Partei, welche anteilmässig die grössten Stimmenverluste hinnehmen musste, am besten gelungen, die eigenen Sympathisierenden zu mobilisieren: Etwas mehr als die Hälfte der SP-Anhängerschaft (54 %) gab bei den Grossratswahlen ihre Stimme ab. Keine andere (grössere) Partei kam auf einen derart hohen Wert. Das heisst allerdings noch nicht, dass diese Stimme auch tatsächlich an die SP ging (mehr dazu im Abschnitt 5.2.1). Auf jeden Fall partizipierten SP-nahe Wahlberechtigte häufiger als andere Parteianhängerschaften. Besondere Mühe, ihre Basis zur Wahlteilnahme zu bewegen, bekundete die SVP. Lediglich 37 Prozent der SVP-Anhängerschaft gingen an die Urnen. In keiner anderen Parteianhängerschaft war die Beteiligungsquote derart tief – mit Ausnahme der BDP. Das Gros der BDP-Sympathisierenden (82 %) blieb den Wahlurnen am 18. Oktober 2020 fern. Damit ist die Frage, an wen die Stimmen der BDP-Sympathisierenden gingen, deren bevorzugte Partei heuer nicht mehr zu den Wahlen antrat, weitestgehend beantwortet: An keine Partei, denn die meisten BDP-Anhängerinnen und -Anhänger blieben am Wahlsonntag zuhause. Aufschlussreich ist zudem, dass die beiden Wahlsiegerinnen – die glp und die Grünen – ihr Wählerpotenzial eher mässig ausschöpften. Weniger als die Hälfte der glp- und Grünen-Sympathisierenden beteiligten sich an der Wahl. Es reichte trotzdem für einen beachtlichen Wahlerfolg.

Nebst der Parteiidentifikation spielten weitere politische Merkmale eine gewisse Rolle beim Entschluss, an den Wahlen teilzunehmen (siehe Tabelle 3 im Anhang). Wahlberechtigte, die sich mit dem Kanton Aargau stark verbunden fühlen, nahmen knapp zur Hälfte (46 %) teil, während 87 Pro-

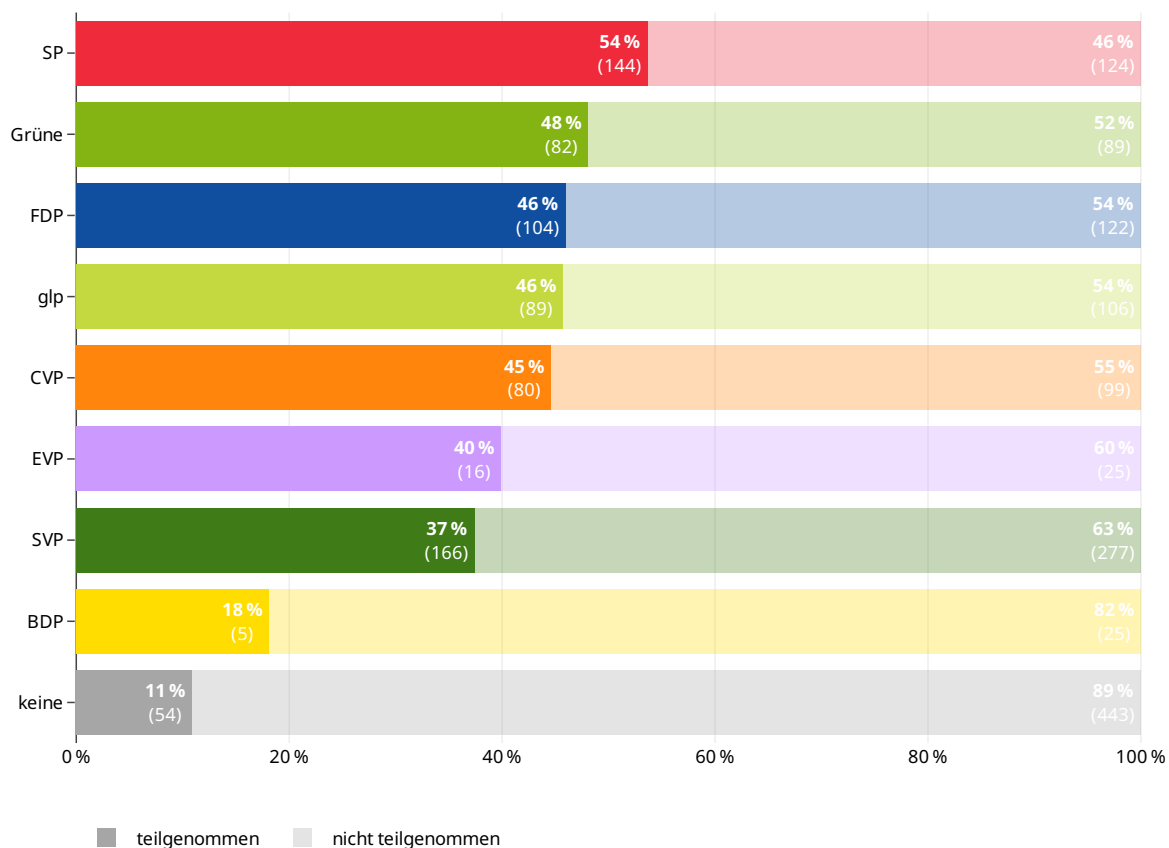


Abbildung 2: Teilnahme nach Parteisympathie (n = 2'050)

zent jener, die keine Bindung zum Kanton haben, der Urne fernblieben. Das Regierungsvertrauen korreliert ebenfalls stark mit der Beteiligungswahrscheinlichkeit. Wer Vertrauen in die Regierung oder den Grossrat hegt, nahm zu rund 50 Prozent teil. Wo dieses Vertrauen indessen fehlt, fehlte meist auch der Wille oder Wunsch, an den Wahlen dieser beiden Organe teilzunehmen.

Politisches Wissen und Wahlteilnahme sind zudem eng verknüpft (vgl. nachfolgende Abbildung 3). Zwischen den beiden Merkmalen liegt oftmals eine Wechselbeziehung vor: Wer über (kantonale) Politik Bescheid weiss, fühlt sich oft kompetent genug, um teilzunehmen zu können. Mit der Teilnahme an Wahlen steigt sodann die Motivation, sich über Politik weiter zu informieren. In der vorliegenden Befragung wurden drei Wissensfragen gestellt.² Daraus wurde eine latente Informiertheitsskala erstellt. Die Aufschlüsselung der Beteiligung nach Informiertheit zeigt, dass politisches Wissen und Wahlteilnahme stark miteinander korrelieren. Wer von der kantonalen Politik wenig bzw. keine Ahnung hat, blieb den Urnen in den allermeisten Fällen fern (93 %). Sehr gut Informierte nahmen hingegen mehrheitlich (56 %) teil.

² Die drei Wissensfragen lauteten: Wie werden die Mitglieder der aargauischen Regierung bestimmt? Welches ist die Rolle des Landammanns im Kanton? Was soll der Ressourcenausgleich zwischen Gemeinden im Kanton Aargau sicherstellen? Den Befragten wurden für jede Frage vier Antwortmöglichkeiten vorgelegt, von denen jedoch nur eine zutreffend war.

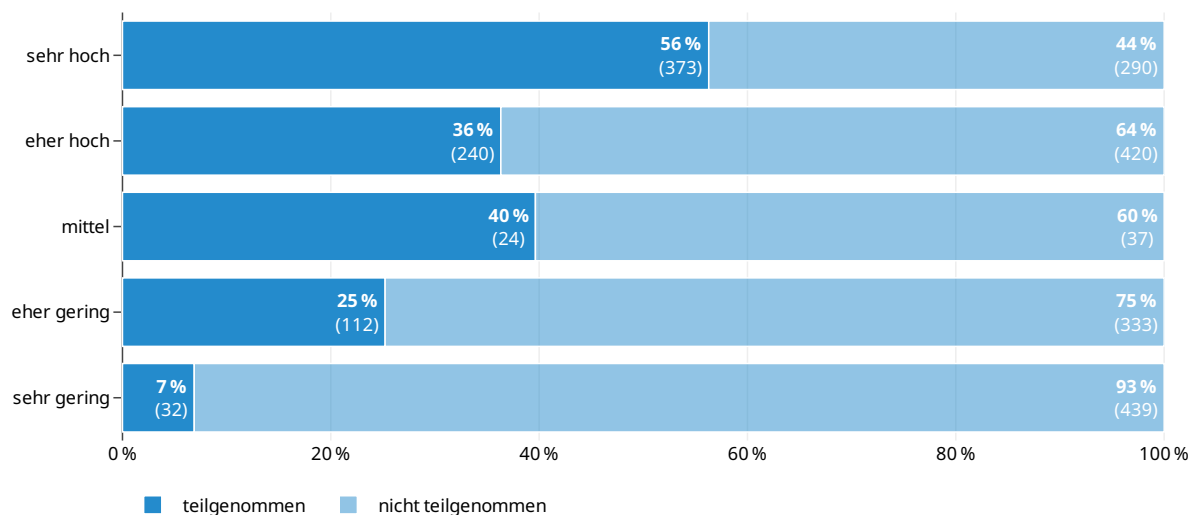


Abbildung 3: Teilnahme nach politischen Kenntnissen (n = 2'300)

3.2 Die Gründe der Nicht-Teilnahme

Rund zwei von drei Wahlberechtigten nahmen ihr Wahlrecht nicht in Anspruch und blieben den Urnen fern. Was waren die Gründe dafür? Zur Beantwortung dieser Frage wurden den Respondenten eine Reihe von Abstinenzgründen vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Mehrfachantworten möglich). Am häufigsten (35 %) gaben die Nicht-Teilnehmenden an, die Wahlen vergessen zu haben. Dieser Grund führt die Rangliste der Abstinenzgründe, die im Nachgang zu Abstimmungen und Wahlen erhoben werden, regelmässig an. Wie oft die Angabe dieses Abstinenzgrundes auch der Wahrheit entspricht, ist unklar. Die Teilnahme an Wahlen wird vielfach als eine Bürgerpflicht wahrgenommen und wer ihr nicht nachkommt, wird unter Umständen nach einer Rechtfertigung Ausschau halten, die das Gesicht wahren lässt.

Rund ein Drittel (34 %) der Nicht-Teilnehmenden zeigte sodann schlichtweg kein Interesse an den kantonalen Wahlen. Ein weiteres Drittel war gemäss eigenem Bekunden von der Wahl überfordert. Zwei Merkmalsgruppen gaben besonders oft an, überfordert gewesen zu sein: Ältere Frauen (über 70-jährig: 78 %) und die jüngsten wahlberechtigten Frauen (18–29-jährig: 49 %).

32 Prozent sahen von einer Wahlteilnahme ab, weil sie keine der Parteien bzw. der Kandidaturen überzeugte. Viele dieser Abstinenten haben keine Parteiidentifikation (43 %), aber mehr als ein Fünftel (22 %) von ihnen gab an, der SVP am nächsten zu stehen. 30 Prozent waren sich nicht sicher, wem sie ihre Stimme geben wollten, während etwa ein Viertel (23 %) ganz grundsätzliche Bedenken gegenüber den Wahlen hat («Wahlen ändern ohnehin nichts»).

Sodann gab es einige wenige Wahlberechtigte (7 %), die der Ansicht waren, dass ihre bevorzugte Partei/Kandidatur ohnehin keine Chance gehabt hätte. Wer waren diese Wahlberechtigten? Es waren vor allem BDP-Sympathisierende. Mehr als ein Drittel (36 %) der nicht teilnehmenden BDP-Sympathisierenden (und demnach fünf Mal so oft wie der Rest) sah von einer Wahlteilnahme ab, weil ihre bevorzugte Partei/Kandidatur chancenlos gewesen sei, was natürlich damit zu tun, dass ihre bevorzugte Partei zu den Wahlen nicht mehr antrat.

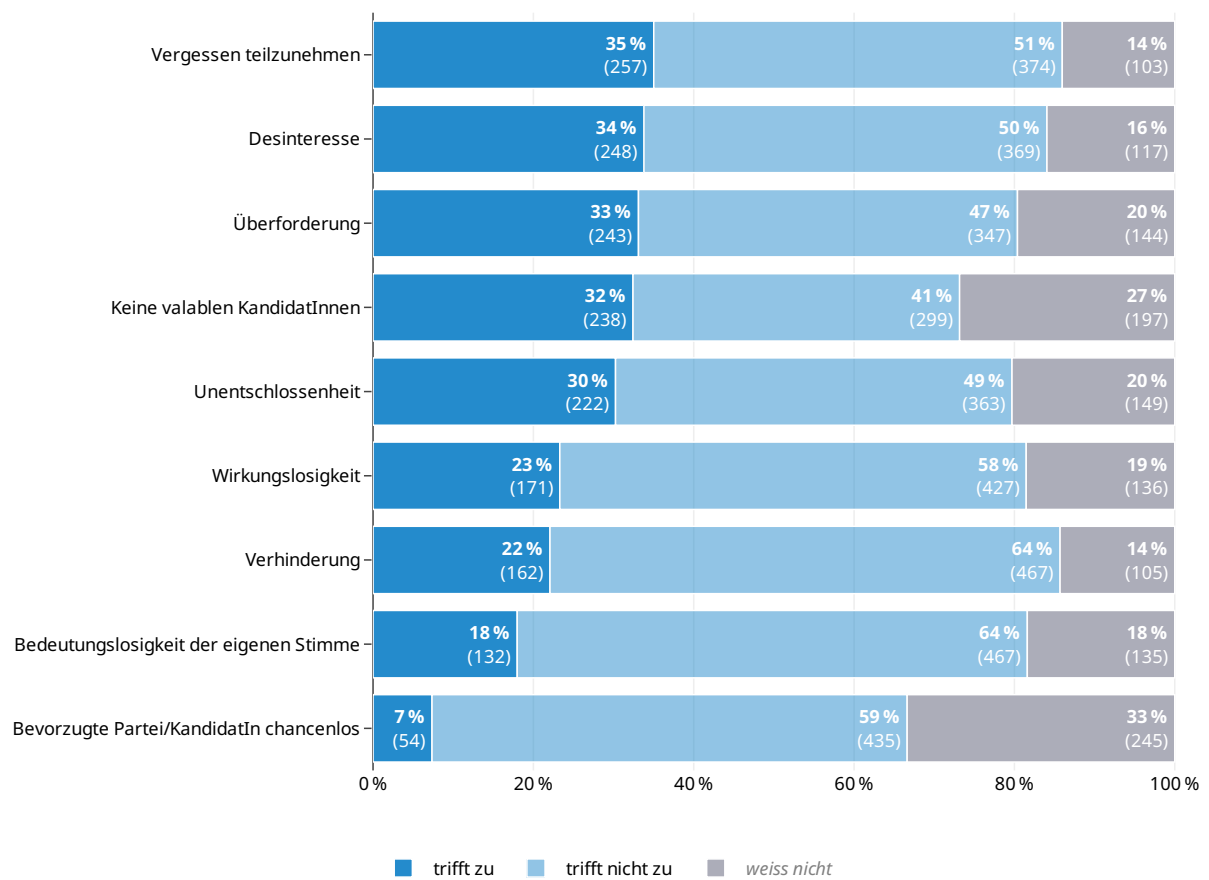


Abbildung 4: Gründe für die Nicht-Teilnahme am Urnengang (n = 734)

4 Die Meinungsbildung

4.1 Der Entscheidzeitpunkt

Die Respondenten wurden auch gefragt, wann sie ihren Entschluss gefasst hätten. Die Angaben dazu sind mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen, da sich die wenigsten an den exakten Entscheidzeitpunkt zu erinnern vermögen. Etwas mehr als die Hälfte (54 %) gab an, bereits von Beginn weg gewusst zu haben, wen sie wählen würden. Dieser Anteil war bei den SVP-Wählenden besonders hoch (68 %), während er bei den glp-Wählenden besonders tief war (36 %). Diese Werte widerspiegeln zum einen das «Alter» (junge Parteien haben in der Regel eine kleinere Stammwählerschaft als etablierte, traditionelle Parteien) und zum anderen auch die Konkurrenzsituation einer Partei (Flügelparteien haben in der Regel weniger unmittelbare Konkurrenz als beispielsweise Mitte-Parteien).

Nur gerade sechs Prozent der Wählenden fassten ihren Wahlentschluss im allerletzten Moment. Bei den Grünen-Wählenden betrug dieser Anteil indessen rund zwölf Prozent. Der grüne Wahlerfolg wurde demnach erst spät gesichert.

Um den Verlauf des Meinungsbildungsprozesses zu den Grossratswahlen etwas besser einordnen zu können, zeigt die nachfolgende Abbildung 5 auch die entsprechenden Werte für die Regierungsratswahlen. Diese sind (primär) Personenwahlen, während bei den Grossratswahlen in erster Linie Parteien gewählt werden. Der Vergleich macht deutlich, dass der Entscheid bei den Regierungsratswahlen im Schnitt deutlich später fiel als bei den Grossratswahlen. Nur rund ein Drittel (32 %) der Wählenden wusste schon von Beginn weg, wen sie wählen würden. Etwa ein Viertel (26 %) fasste den Entschluss in den letzten Tagen vor der Wahl und 12 Prozent gar erst im letzten Moment. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass bei der Regierungsratswahl insgesamt *fünf* Sitze zu vergeben sind. Da in aller Regel nur ein oder maximal zwei Kandidaturen der eigenen Partei antreten, muss ein/e Parteisympathisant/in - sofern er/sie seine/ihre Stimmkraft voll ausschöpfen möchte - nebst der eigenen Parteikandidatur noch Kandidaturen *weiterer* Parteien auf den Wahlzettel schreiben. Letzteres dürfte selten von Beginn weg feststehen, was die Unterschiede beim Entscheidzeitpunkt zwischen Regierungsrats- und Grossratswahlen erklärt.

4.2 Die Informationsgrundlagen

Informationen bilden die Grundlage, auf deren Basis Wählende ihren Entscheid fällen bzw. modifizieren.³ Woher bezogen die Wählenden ihre Informationen zu den vergangenen Grossratswahlen? Wie die nachfolgende Abbildung 6 illustriert, war die beliebteste Informationsquelle die kantonale Wahlanleitung, die dem Stimmmaterial beiliegt. Etwa zwei Drittel (65 %) gaben an, sie genutzt zu haben. Kostenpflichtige Abonnementszeitungen/-magazine wurden von etwas weniger als der

³ Natürlich beruhen nicht alle Wahlentscheide auf einer eigens für die Wahlen geschaffenen Informationsgrundlage. Gewisse Wählerinnen und Wähler sind Gewohnheitswählende oder identifizieren sich derart stark mit einer Partei, dass Sachfragenpräferenzen und Informationen zu den Wahlen im Generellen an der Ausgangslage nichts zu ändern vermögen. Der Wahlentscheid einer erheblichen (und mutmasslich wachsenden) Zahl der Wählenden steht aber nicht unabänderlich und von vornherein fest, sondern ist - zumindest zu einem Teil - von Informationen abhängig.

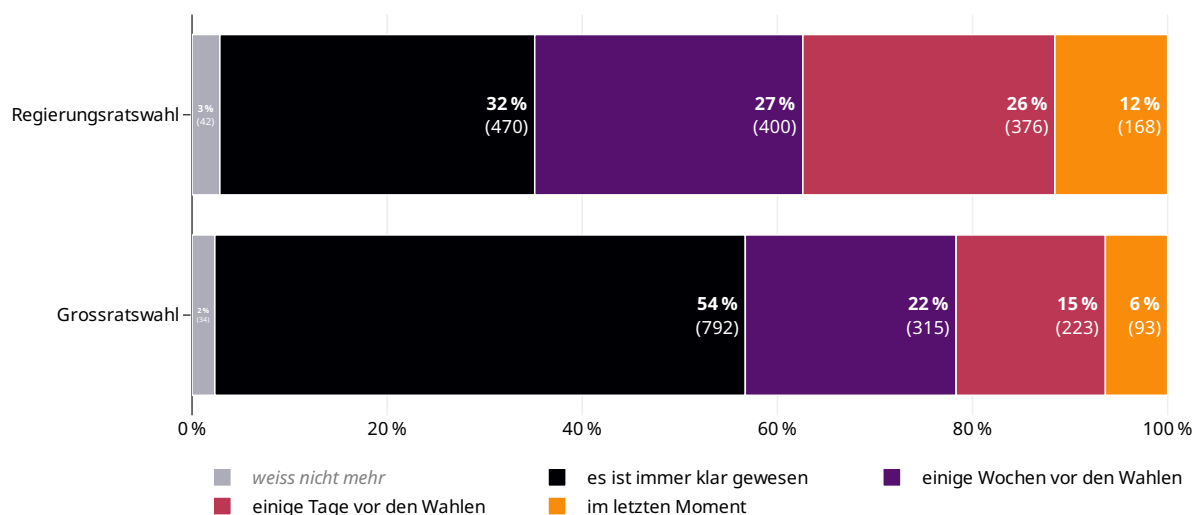


Abbildung 5: Entscheidzeitpunkt der Teilnehmenden (n = 1'456)

Hälfte der Teilnehmenden (46 %) zur Informierung herangezogen. Fernseh- und Radiosendungen schaute bzw. hörte sich mehr als ein Drittel (37 bzw. 35 %) an. Etwa ein Viertel kolportierte, Leserbriefe oder -kommentare gelesen zu haben. Fast ein Fünftel (19 %) nutzte Online-Wahlhilfen, in erster Linie diejenigen von smartvote und Vimentis. Die kantonale Website wurde sodann eher selten (13 %) aufgerufen, aber doch häufiger als Soziale Medien (11 %). Der letztere Befund macht einmal mehr deutlich, dass kantonale Wahlen nicht auf Twitter oder Facebook gewonnen werden. Die Online-Wahlanleitung in leicht verständlicher Sprache schliesslich nutzten gemäss eigenem Bekunden fünf Prozent aller Teilnehmenden.

4.3 Die Wahrnehmung der Kampagnenaktivitäten

Wir haben alle Befragten – demnach Teilnehmende wie auch Nicht-Teilnehmende – gefragt, ob sie während des Wahlkampfes in persönlichen, direkten Kontakt gekommen sind mit Parteien oder einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten. Rund ein Fünftel aller Aargauer Wahlberechtigten (21 %) bejahte dies. Unter den Teilnehmenden ist dieser Anteil naturgemäss etwas höher (29 %). 13 Prozent aller Wahlberechtigten (14 % der Teilnehmenden) kamen bei Standaktionen in Kontakt mit den Parteien bzw. Kandidierenden. An Podiumsdiskussionen waren zwei Prozent aller Wahlberechtigten (4 % der Teilnehmenden) anwesend, während weniger als ein Prozent zuhause besucht wurde. Zielpersonen einer Telefonaktion wiederum waren zwei Prozent aller Wahlberechtigten (4 % aller Teilnehmenden). SP-Wählende wurden dabei bei weitem am häufigsten telefonisch kontaktiert (11 %).

Ein (relativ) neues Kampagnen- bzw. Mobilisierungsinstrument sind elektronische Nachrichten (E-Mails oder Messages). Sie erreichten neun Prozent aller Wahlberechtigten und gar 15 Prozent aller Teilnehmenden. Von diesem Instrument machten offenbar alle Parteien Gebrauch. Wählende der FDP (19 %), CVP (18 %), SP (18 %) und vor allem auch der EVP (27 %) erhielten überdurchschnittlich oft solche elektronische Nachrichten.

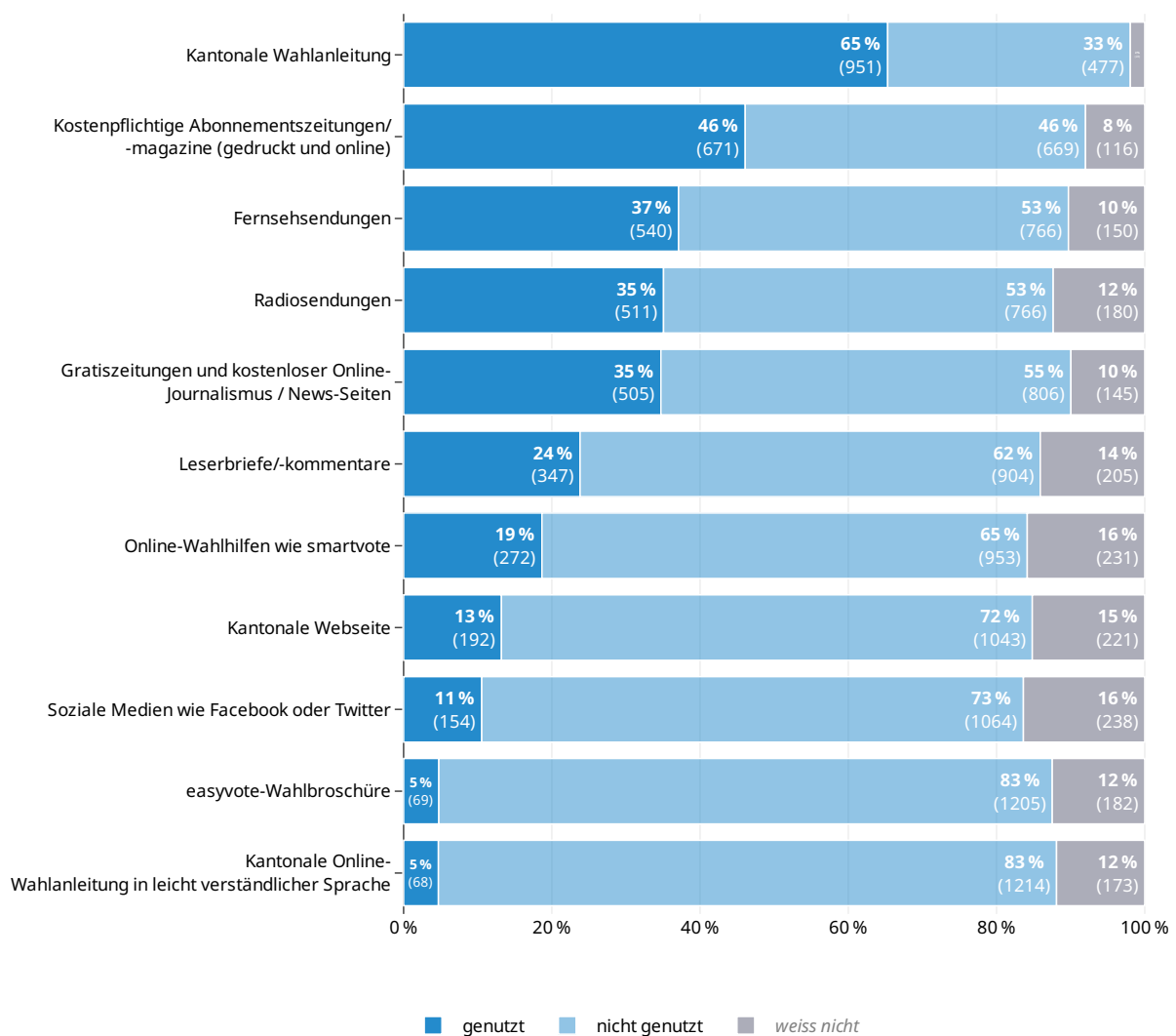


Abbildung 6: Mediennutzungsraten (nur Teilnehmende; n = 1'456)

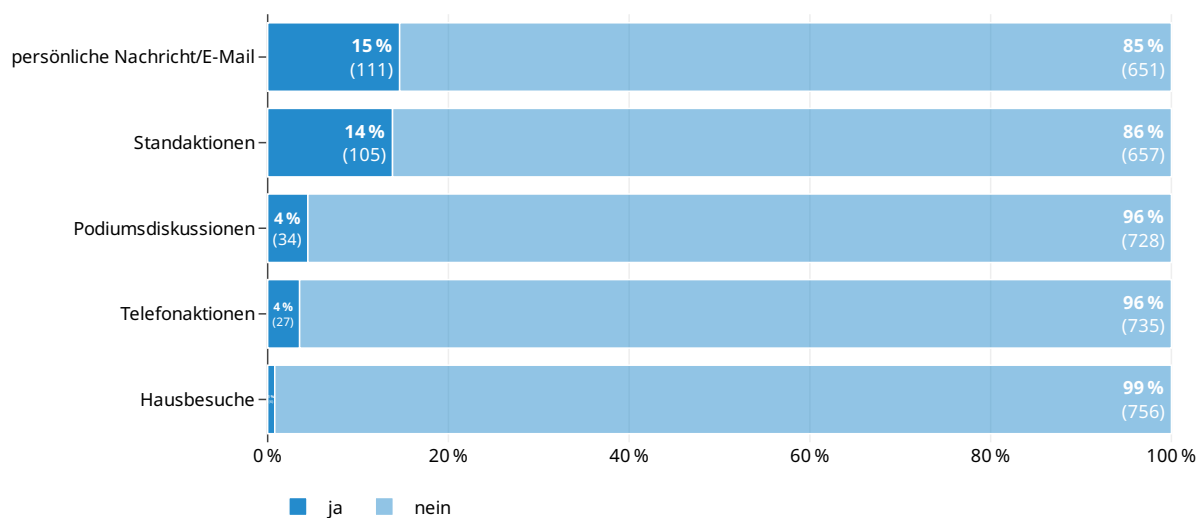


Abbildung 7: Kontakt mit Parteien und Kandidierenden anlässlich politischer Anlässe/Aktionen (nur Teilnehmende; n = 762)

5 Der Wahlentscheid

5.1 Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen

Der Wahlentscheid unterschied sich massgeblich zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen (siehe nachfolgende Abbildung 8 und Tabelle 4 im Anhang). SVP und FDP schnitten bei den Männern generell besser ab als bei Frauen, während es sich bei den Grünen und der SP genau umgekehrt verhielt. Die CVP wiederum erzielte bei den älteren Wählenden ein deutlich besseres Resultat als bei den Jungen (Durchschnittsalter der CVP-Wählerschaft: 63.6 Jahre). Die Wählerschaften der Grünen und der glp sind hingegen vergleichsweise jung (Durchschnittsalter: 52 Jahre).⁴ Noch etwas aufschlussreicher ist die Aufschlüsselung des Wahlentscheids nach Alter und Geschlecht kombiniert: Bei jungen Frauen (18–29 Jahre) waren SP und Grüne mit Abstand die beliebtesten Parteien (31 bzw. 30 % Wähleranteil), während etwa die Wähleranteile der glp (6 %), der CVP (2 %) und der SVP (13 %) (zum Teil weit) unter ihre kantonalen Anteile zu liegen kommen. Unter den jungen Männern liegt hingegen die glp (27 %) an der Spitze, vor der SVP (22 %) und der SP (18 %). Zu beachten ist dabei, dass die Jungen aufgrund ihrer tiefen Wahlbeteiligung bloss einen *geringen Bruchteil* des Wahlkörpers ausmachten. Frauen mittleren Alters (30–59 Jahre) wählten vorzugsweise SVP und SP, während rund ein Drittel der gleichaltrigen Männer SVP wählten und ein weiteres Fünftel die FDP. Die SP hingegen erzielte nirgendwo sonst einen derart geringen Wähleranteil wie bei den 30–59-jährigen Männern. Bei den über 60-jährigen Frauen schwingt die SVP oben hinaus, gefolgt von der SP und der CVP. Besonders auffällig ist das Wahlergebnis der CVP bei den über 69-jährigen Frauen: 22 Prozent von ihnen gaben der CVP die Stimme, also mehr als zehnmal so viel wie bei den 18 bis 29-jährigen Frauen. Bei den Senioren dominierte die SVP mit einem Anteil von rund 35 Prozent.

Um das sozioökonomische Profil der unterschiedlichen Wählerschaften zu beschreiben, haben wir die Wähleranteile der Parteien in den verschiedenen sozioökonomischen Merkmalsgruppen betrachtet (siehe Tabelle 5 im Anhang), jene hervorgehoben, in welchen die betreffende Partei aussergewöhnlich gut bzw. schlecht abschnitt und daraus sodann den/die durchschnittliche/n Wählende dieser Partei konstruiert, wohl wissend, dass es neben diesem «Archetyp» natürlich auch noch andere Wählertypen gibt. Die nachfolgende Übersicht ist also eine bewusste Zuspitzung des sozioökonomischen Profils der Wählerschaften. Über die exakten Wähleranteile in den verschiedenen Merkmalsgruppen gibt die Tabelle 5 im Anhang Auskunft.

⁴ Zu beachten ist, dass sowohl das Medianalter als auch das durchschnittliche Alter (arithmetischer Mittelwert) der Wählenden von vornherein relativ hoch ist. Das liegt zum einen daran, dass erst ab 18 Jahren gewählt werden darf und zum anderen, dass ältere Wahlberechtigte deutlich öfter teilnehmen als jüngere Wahlberechtigte. Diese beiden Faktoren treiben das Durchschnittsalter der Wählenden nach oben.

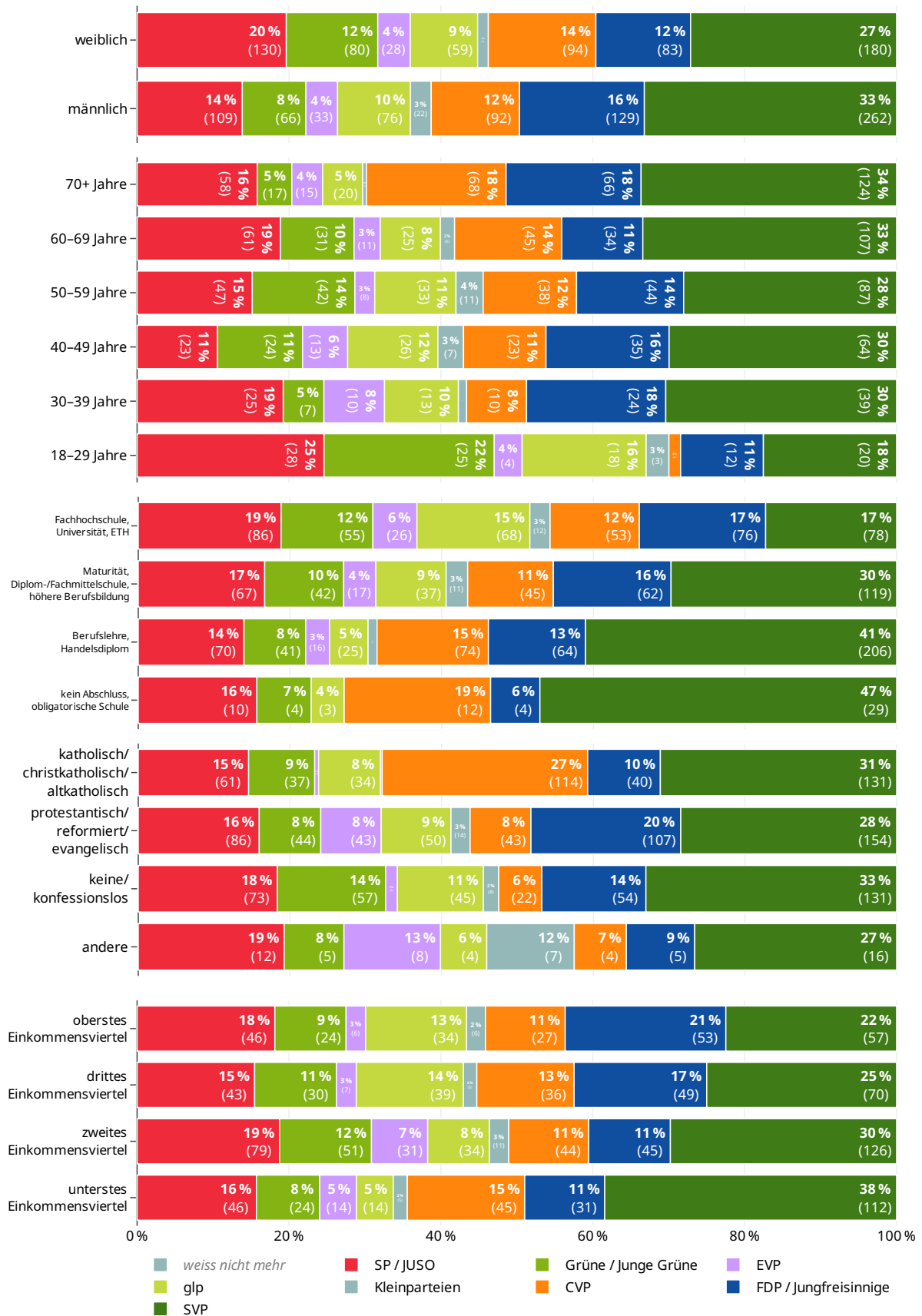


Abbildung 8: Parteistimmen Grossratswahl 2020 nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen (nur materiell Wählende, d. h. ohne Leerstimmen, n = 1'245-1'456)

Der Wählerstärke der Parteien folgend, beginnen wir mit der SVP. Der bzw. die «durchschnittliche» SVP-Wähler/in hat ein vergleichsweise tiefes Haushaltseinkommen (in den beiden tiefsten Einkommensklassen weist die SVP Wähleranteile von fast 40 Prozent auf, während ihr Anteil in den höchsten Einkommensklassen nur rund 20 % beträgt), hat eine Berufslehre (43 %) oder eine höhere Berufsausbildung (34 %) abgelegt und ist mit grosser Wahrscheinlichkeit kein/e Student/in bzw. Schüler/in. Tatsächlich hat die SVP in den meisten Beschäftigungssparten Wähleranteile von rund 25–35 Prozent erzielt, ausser in der Gruppe der zu Auszubildenden, wo sie auf einen Anteil von lediglich sieben Prozent kam. Beschäftigt ist der typische SVP-Wählende in der Privatwirtschaft (31 %) und dabei vor allem in der Landwirtschaft (71 %), im Baugewerbe (39 %) und im Verkehr/Versand (46 %). Das Erziehungswesen ist indessen keine Domäne der SVP (4 % Wähleranteil). Zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass die SVP bei Eingebürgerten und Wählenden mit Migrationshintergrund zwar nicht derart gut vertreten war wie bei Schweizerinnen und Schweizern von Geburt, aber die Differenzen sind nicht allzu gross: Bei Eingebürgerten war die SVP mit einem Wähleranteil von 22 Prozent die insgesamt zweitstärkste Partei, während sie bei Wählenden, deren Eltern beide im Ausland geboren wurden, 25 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinte.

Die SP-Wählerschaft entstammt im Prinzip allen Bildungsklassen. Den grössten Wählerzuspruch erhielt sie indessen bei Wählenden mit Matura/Berufsmatura (26 %). Das Haushaltseinkommen der SP-Durchschnittswählenden ist durchschnittlich. Sehr Gutverdienende (Haushaltseinkommen von über 15'000 CHF) legten eher selten (9 %) die SP-Liste ein, aber in der zweithöchsten erhobenen Einkommensklasse (12'001–15'000 CHF) stand die SP-Liste gar auf Platz 1 der Wählerpräferenzen. In den tieferen Einkommensklassen (unter 6'000 CHF) schnitt die SP zwar leicht überdurchschnittlich ab, aber die beliebteste Partei war mit Wähleranteilen von rund 40 Prozent die SVP. Von den Studierenden und Schülern/innen erhielt die SP überdurchschnittlich grosse Unterstützung (27 %), während sie bei den Selbständigen (11 %) und den Hausfrauen/-männern (7 %) einen schweren Stand hatte. Ein starkes Wählersegment der SP findet sich überdies im öffentlichen Sektor, wo ein Viertel der Wählenden für die SP votierte. Wenn man – im übertragenen Sinne – von SP-Parteihochburgen unter den Beschäftigungssektoren sprechen möchte, dann sind dies am ehesten das Erziehungswesen und die öffentliche Verwaltung, wo der SP-Wähleranteil deutlich über dem gesamtkantonalen Durchschnitt zu liegen kam (je 28 %). Ausserdem ist die SP mit rund 23 Prozent Wähleranteil die beliebteste Partei unter den «Secondos».

Die bzw. der «durchschnittliche» FDP-Wähler/in ist hoch gebildet: 21 Prozent der Universitätsabgängerinnen und -abgänger wählten FDP, was auf dieser Bildungsstufe einen Spitzenwert darstellt. Das Einkommensniveau ist ebenfalls hoch, denn fast ein Drittel (31 %) jener, die bei der Befragung ein Haushaltseinkommen von über 15'000 CHF angaben, legten gemäss eigenem Bekunden die Liste der FDP ein. Damit eng verknüpft ist die berufliche Stellung des FDP-Durchschnittswählenden in Angestelltenposition: 35 Prozent der Wahlteilnehmenden mit Direktionsfunktion waren Wählende der FDP. In der Finanzbranche ist die FDP zwar nicht die meistgewählte Partei (SVP: 28 %), aber sie erzielte dort ein überdurchschnittlich gutes Resultat (27 %).

Die CVP erhielt Stimmen aus allen Bildungsgruppen und Einkommensklassen. Es sticht keine Merkmalsgruppe besonders heraus. Wie zu erwarten war, erzielte die CVP unter Katholiken/innen

ein besonders gutes Resultat (27 %), aber deren meist gewählte Partei war nicht etwa die CVP, sondern die SVP (31 %). Wie oben schon gezeigt, weist die CVP-Wählerschaft ein hohes Durchschnittsalter auf, was sich sodann auch darin niederschlägt, dass sie unter Lehrlingen und Studierenden/Schüler/innen kaum Stimmen erzielen konnte, während sie bei den Rentnern/innen überdurchschnittlich gut abschnitt (17 %). Noch besser war das CVP-Resultat nur noch bei den Hausfrauen/-männern (21 %). Im nicht-gewinnorientierten/gemeinnützigen Sektor lag der CVP-Wähleranteil (20 %) zudem nur noch hinter jenem der SP (24 %).

Die Grünen sind, wie weiter oben geschildert, eine «junge» Partei. Ihre jüngsten Wahlerfolge haben auch damit zu tun, dass sie bei den Studierenden und Schüler/innen die beliebteste Partei waren (29 %). Bei den Pensionärinnen und Pensionären hatten die Grünen hingegen einen schweren Stand (6 %). Auch die im Erziehungswesen Tätigen wählten überdurchschnittlich oft grün (18 %). Die Bildungsinstitutionen sind demnach eine der Parteihochburgen der Grünen (und der SP) – Schüler- wie auch Lehrerschaft wählten überdurchschnittlich oft linke Parteien. Daneben bildet das Gesundheitswesen ein weiteres Standbein der Grünen (20 %).

Die glp-Wählerschaft schliesslich verfügt überdurchschnittlich oft über eine Tertiärbildung (Uni, ETH: 17 % Wähleranteil), sodann auch über ein hohes Einkommen (15 % Wähleranteil in Haushalten mit über 12'000 CHF Einkommen monatlich) und ist überdurchschnittlich oft in Grossunternehmen (> 1000 Mitarbeitende) beschäftigt (16 %). Weitere Merkmale liegen nahe beim Durchschnitt und fallen nicht auf.

5.2 Der Wahlentscheid nach politischen Merkmalen

5.2.1 Die Parteibindung und der Wahlentscheid

Eine beträchtliche Zahl der Schweizer Bürgerinnen und Bürger hat eine Parteibindung entwickelt. Diese Bindungen sind mal stärker, mal schwächer ausgebildet. Bei einigen handelt es sich um eine Parteiidentifikation im buchstäblichen Sinne, demnach um eine starke affektive Bindung, während bei anderen diese Bindung schwächer ist und die Parteisympathie eher eine Art Orientierungshilfe darstellt. Das aber wiederum heisst, dass die Parteiidentifikation ab und an eine Spiegelung des Entscheids auf der Ebene der Einstellungen darstellt und im Prinzip wenig zur Erklärung des Wahlentscheids beiträgt. Denn was ist damit erklärt, wenn man sagt, dass ein überzeugter Parteigänger auch seine bevorzugte Partei gewählt hat? Aber immerhin zeigt die Aufschlüsselung des Entscheids nach Parteisympathie den Ausschöpfungsgrad des Potenzials einer Partei an. Dazu muss indessen auch die Mobilisierung der eigenen Parteianhängerschaft berücksichtigt werden, die im Kapitel 3 behandelt wurde.

Die Ausschöpfung unter jenen Parteigegebenen, die letztlich auch teilnahmen, war bei der SVP am grössten (siehe Tabelle 6 im Anhang). Zwar hatte die SVP Mühe, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren, aber jene, die teilnahmen, legten fast ausnahmslos die SVP-Liste ein (97 %). Am zweithöchsten war diese Rate bei der CVP, die im Gegensatz zur SVP zudem auch gut zu mobilisieren vermochte: 91 Prozent der teilnehmenden CVP-Sympathisierenden unterstützten auch bei der vergangenen Grossratswahl ihre bevorzugte Partei. Ähnlich hoch war diese Ausschöpfungsquote bei der SP: 89 Prozent blieben am Wahltag ihrer bevorzugten Partei treu. Sieben Prozent der SP-Sympathisierenden gaben hingegen (hauptsächlich) den Grünen ihre Stimme. Bei der FDP, den Grünen und der EVP betrug der Ausschöpfungswert zwischen 83 und 85 Prozent. Acht Prozent der FDP-Sympathisierenden wählten heuer SVP und neun Prozent der Grünen-Anhängerschaft stimmten bei den Grossratswahlen für die SP. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Zahl der SP-Sympathisierenden deutlich grösser ist als jene der Grünen, wodurch sich das «Tauschgeschäft» (7 % der SP-Sympathisierenden wählten grün, 9 % der Grünen-Sympathisierenden rot) für die Grünen eher «ausbezahlte» als für die SP. Rund neun Prozent der EVP-Sympathisierenden wählten die EDU. Jene glp-Sympathisierenden, die sich zur Wahlteilnahme entschlossen, legten zu 78 Prozent eine Stimme für die glp ein. Die restlichen glp-Sympathisierenden orientierten sich vor allem nach links: Acht Prozent wählten die SP, vier Prozent die Grünen. Sodann gaben 6 Prozent der glp-Sympathisierenden der CVP ihre Stimme.

Nach welcher Partei hielten die BDP-Sympathisierenden Ausschau, nachdem klar war, dass ihre Identifikationspartei zu den Wahlen nicht antreten würde? Die meisten (82 %) blieben, wie im Beteiligungskapitel gezeigt, der Urne gänzlich fern. Die wenigen, die teilnahmen, wählten vorzugsweise die SVP, sodann auch die FDP, glp und schliesslich auch die CVP. Die Angabe der exakten Anteilswerte macht aufgrund der geringen Fallzahl der teilnehmenden BDP-Sympathisierenden (n = 11) wenig Sinn. Was aber gesagt werden kann, ist, dass BDP-Sympathisierende nicht in Massen zur CVP – also jener Partei, mit der sie auf nationaler Ebene fusionieren wird – «übergelaufen» sind, sondern zumeist auf eine Wahlteilnahme verzichteten.

Zuletzt bleibt noch eine weitere, zahlenmässig aber nicht zu unterschätzende Gruppe: Die Parteiungebundenen. Wie wählten sie? Rund ein Viertel (26 %) wählte SVP, ein Fünftel die FDP und 16 Prozent die CVP. Die glp schnitt bei den Parteiungebundenen aussergewöhnlich gut ab: Rund 15 Prozent von ihnen gaben der glp ihre Stimme. SP und Grüne schnitten bei den Parteiungebundenen indessen mässig ab: Die SP erzielte einen Wähleranteil von 7 Prozent, die Grünen einen solchen von 9 Prozent.

5.2.2 Sachfragenpräferenzen und der Wahlentscheid

Wie in der Einleitung erwähnt, gehen räumliche Theorien des Wahlverhaltens davon aus, dass sich Wählende anhand ihrer sachpolitischen Präferenzen auf einem Kontinuum lokalisieren und sodann jene Partei wählen, die ihnen sachpolitisch am nächsten steht. Natürlich folgen längst nicht alle Wählenden diesem modellhaften Verhalten: Für einige ist die Wahl ihrer bevorzugten Partei eine Loyalitätsbekundung und hat nur indirekt mit ihren Sachpräferenzen zu tun. Andere, insbesondere jene, die panaschieren, bevorzugen eine bestimmte Kandidatur, weil deren Eigenschaften (nicht aber zwingend deren sachpolitische Überzeugungen) überzeugten. Aber ohne Zweifel ist das inhaltliche Programm einer Partei eine der zentralen Bestimmungsgründe einer Wahl, was auch daran erkennbar ist, dass Zugewinne und Verluste einer Partei zumeist (und oftmals von den Politikern selbst) als direkte Folge überzeugender bzw. wenig überzeugender Parteiprogramme interpretiert werden.

In der Folge präsentieren wir das sachpolitische Profil der verschiedenen Wählerschaften. Dabei haben wir elf Fragen verwendet, die einen kantonalen Bezug hatten und den Kandidierenden im Rahmen von smartvote schon vorgelegt wurden. Die Fragen wurden nur den Online-Teilnehmenden vorgelegt (n = 1'584).

Zwei der elf in der Befragung zur Bewertung vorgelegten politischen Forderungen sind in der SVP-Wählerschaft so gut wie unumstritten: Eine weitere Verschärfung sowohl des Asylrechts (92 %) als auch des kantonalen Sozialhilfegesetzes (83 %). Der Ruf nach mehr Polizei zur Gewährleistung der Sicherheit wird von den SVP-Wählenden ebenfalls grossmehrheitlich (68 %) unterstützt. Bei den restlichen sieben Forderungen gehen die Meinungen indessen stärker auseinander. Die Forderung von Transparenz bei der Kampagnen- und Parteifinanzierung findet aktuell eine Mehrheit (55 %) bei den SVP-Wählenden ebenso wie die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare (58 %). Eine Einführung des Mindestlohnes ist hingegen umstritten (49 % Zustimmung vs. 46 % Ablehnung) ebenso wie die Senkung der Unternehmenssteuern im Kanton (47 % Zustimmung vs. 43 % Ablehnung). Eine Erhöhung der Ausgaben für die Strasseninfrastruktur lehnt eine Mehrheit (52 %) der SVP-Wählenden indes ab.

Betrachtet man das sachpolitische Profil der SP-Wählerschaft, so fällt als erstes auf, dass sie zu fast allen Sachfragen sehr dezidierte Positionen besitzt. Kaum eine andere Wählerschaft ist derart homogen in Bezug auf (kantonale) Sachfragen. Kampagnentransparenz, die Einführung eines Mindestlohnes, gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare und eine Verbilligung der Krankenkassenprämien sind in der SP-Wählerschaft unbestritten. Ähnlich vehement lehnen die SP-Wählenden

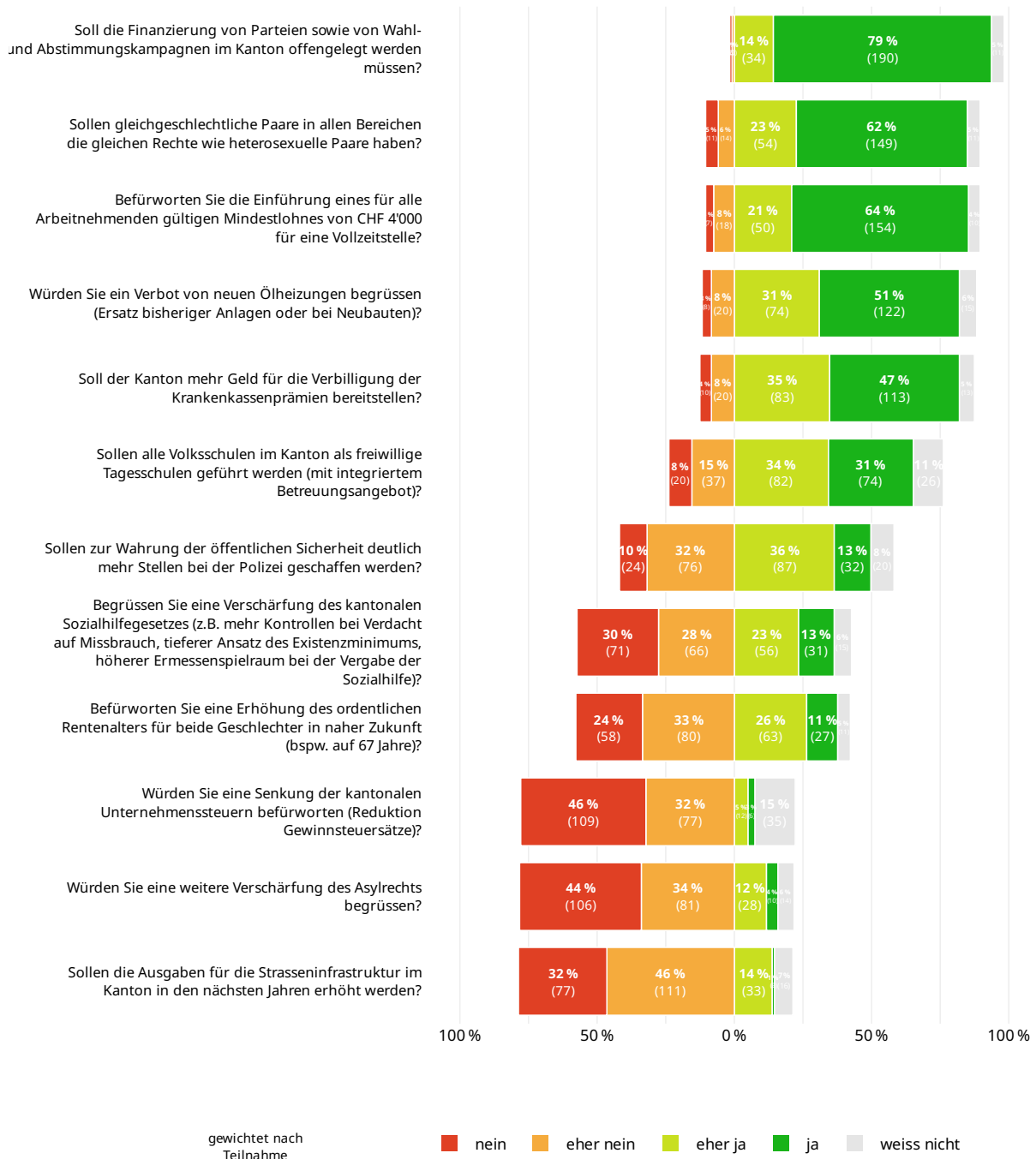


Abbildung 9: Einstellung der SP-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 239)

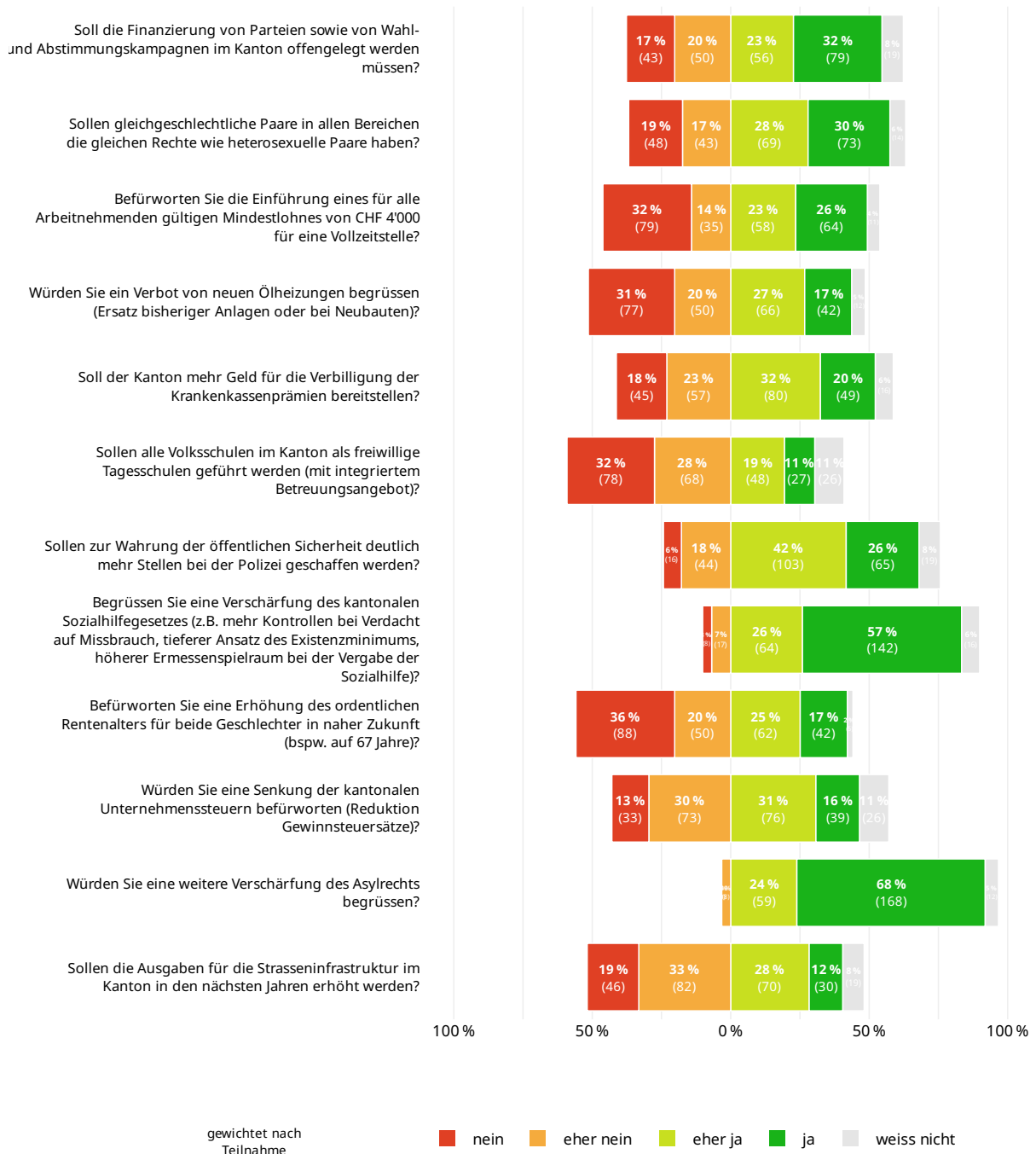


Abbildung 10: Einstellung der SVP-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 247)

eine Senkung der kantonalen Unternehmenssteuern, eine Verschärfung des Asylrechts und eine Erhöhung der Ausgaben für Strasseninfrastruktur ab. Nur bezüglich zweier Sachfragen herrscht kein Konsens: Erstaunlicherweise war dies zum einen bei der Verschärfung des Sozialhilfegesetzes der Fall: Immerhin 36 Prozent der SP-Wählenden befürworten eine Verschärfung. Zum anderen wünscht eine relative Mehrheit (49 %) der SP-Wählenden mehr Polizei zur Gewährleistung von Sicherheit.



Abbildung 11: Einstellung der FDP-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 151)

So homogen die SP-Wählerschaft ist, so heterogen präsentiert sich die FDP-Wählerschaft. Nur bei zwei der hier gestellten Fragen sind die Mehrheitsverhältnisse dergestalt, dass man im Prinzip

von einem Konsens sprechen kann: Sowohl eine Verschärfung des Sozialhilfegesetzes (78 %) als auch die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare (72 %) erzielen in der FDP-Wählerschaft klare Mehrheiten. Bei den restlichen Fragen sind die Mehrheitsverhältnisse hingegen weniger eindeutig. Selbst die Einführung eines Mindestlohnes ist bei der FDP-Wählerschaft keineswegs chancenlos (46 % Zustimmung), wohingegen eine Senkung der Unternehmenssteuern nicht unbestritten ist (32 % Ablehnung).



Abbildung 12: Einstellung der CVP-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 125)

Bei der CVP-Wählerschaft sind scharfe sachpolitische Konturen erkennbar, die zudem Parallelen zu den Konturen linker, aber auch bürgerlicher Parteiwählerschaften aufweisen. Die CVP-

Wählerschaft weist zum einen ähnliche gesellschaftspolitische Positionen auf wie die die linke Wählerschaft (gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare, keine Verschärfung des Asylrechts), fordert ebenso wie die Linke ein Verbot von Ölheizungen in Neubauten, aber befürwortet – anders als die politische Linke – in deutlicher Mehrheit eine Verschärfung der Sozialhilfegesetze (64 %) und einen Stellenausbau bei der Polizei zwecks Gewährleistung von Recht und Ordnung (78 %). Zudem steht eine Verschärfung des Asylrechts bei der CVP-Wählerschaft zumindest zur Diskussion.



Abbildung 13: Einstellung der Grünen-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 158)

Wenig überraschend weist die Grünen-Wählerschaft ein sehr ähnliches sachpolitisches Pro-

fil auf wie die SP-Wählerschaft. Transparenz in der Politikfinanzierung ist für praktisch alle Grünen-Wählenden (94 %) eine Selbstverständlichkeit ebenso ein Verbot von Ölheizungen in Neubauten (92 %). Weitestgehende Übereinstimmung zwischen den Grünen-Wählenden gibt es ausserdem hinsichtlich der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare (89 %), einer Einführung des Mindestlohnes (80 %), den Ausgaben für die Strasseninfrastruktur (84 %), der Senkung der Unternehmenssteuern (71 % dagegen) und der Verschärfung des Asylrechts (76 % dagegen). Etwas gleichmässiger verteilt sind die Präferenzen einzig beim Sozialrecht (36 % befürworten eine Verschärfung) und der Polizeipräsenz (48 % befürworten einen Stellenausbau bei der Polizei). All diese Werte sind fast deckungsgleich mit jenen der SP-Wählerschaft.

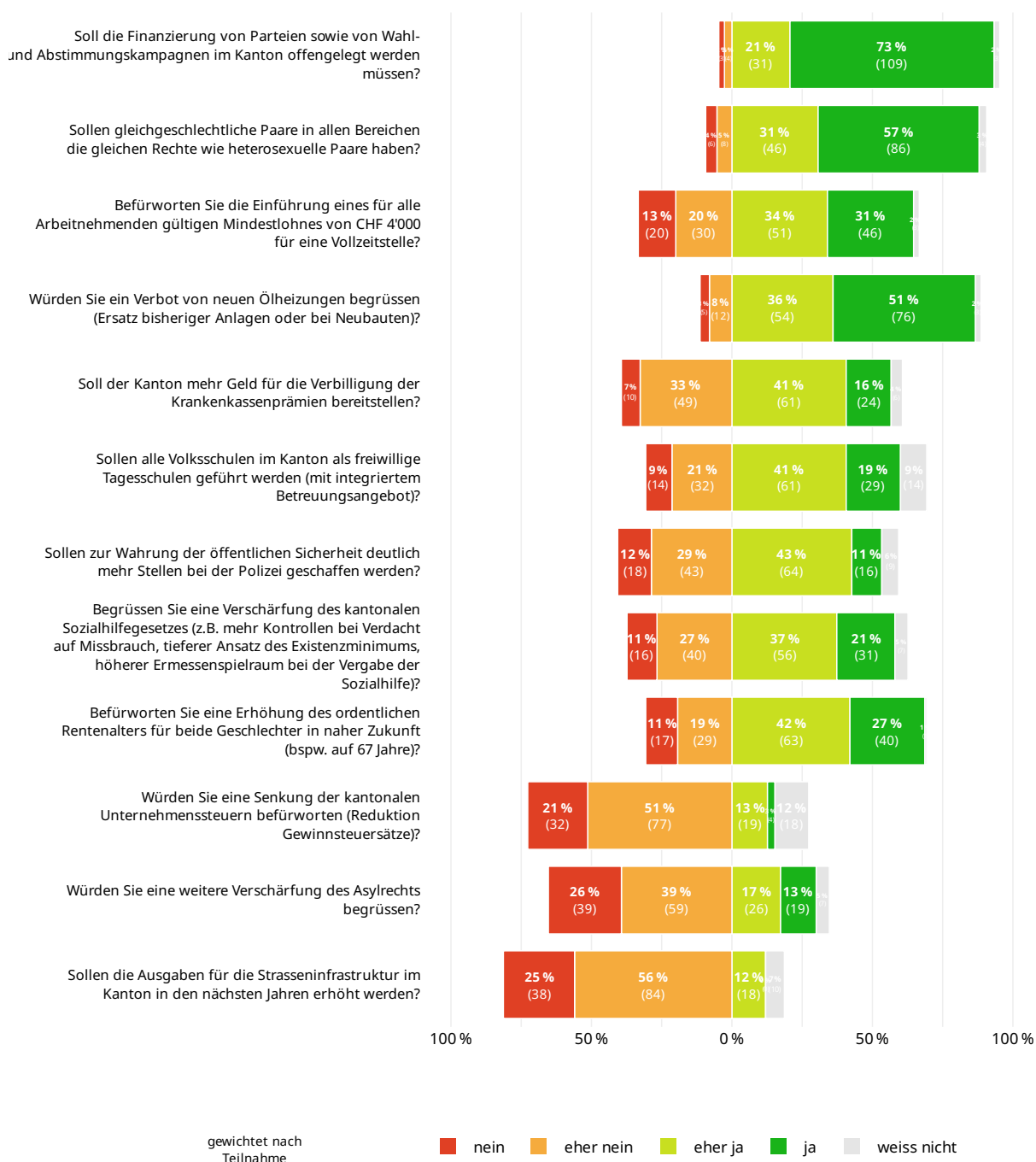


Abbildung 14: Einstellung der glp-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 150)

Was bewog die einen, SP zu wählen, während die anderen grün einlegten? Zu diesem Zweck haben wir ein logistisches Regressionsmodell mit allen kantonalen, aber auch nationalen Sachpräferenzen geschätzt. Dabei wurden nur SP- und Grünen-Wählende miteinander verglichen. Mit anderen Worten: Uns interessierte vorderhand bloss, was den Ausschlag gab zwischen der Wahl der SP und der Wahl den Grünen. Zunächst zeigt die Analyse, dass Sachpräferenzen nur einen relativ kleinen Teil der Wahl zwischen rot und grün zu erklären vermag. Das heisst, Traditionen (z. B. das Aufwachsen in einem SP- bzw. Grünen-Haushalt), Parteiimages (Wahrnehmung des Bildes einer Partei) und Gewohnheiten (Gewohnheitswahl) spielen bei der Wahl zwischen den beiden linken Parteien im Aargau eine mutmasslich wichtigere Rolle als Sachpräferenzen. Letztere hatten aber durchaus einen Effekt auf den Entscheid, wenn auch, wie gesagt, keinen allzu starken. Die ausschlaggebenden Sachpräferenzen waren fast ausschliesslich Klima-bezogen. Wer vehement ein Verbot von Ölheizungen und anderweitige dringliche Massnahmen zum Klimaschutz fordert, legte signifikant öfter grün statt rot ein. Derselbe Befund präsentiert sich uns, wenn anstelle der Sachpräferenzen die von den Befragten genannten drängendsten Probleme als Faktoren der Wahl zwischen grün und rot in einem Modell geschätzt werden. Abermals ist es der Klimaschutz, der zumindest bei einem Teil der linken Wählenden den Ausschlag zugunsten der Grünen gab. Mit anderen Worten: Wer dem Klimaschutz eine hohe Bedeutung zumisst, wählte eher die Grünen als die SP.

Das sachpolitische Profil der glp-Wählerschaft weist Parallelen zu jener der CVP-Wählerschaft auf – was angesichts der Tatsache, dass sich beide Wählerschaften in der Mitte des politischen Spektrums ansiedeln, nicht derart verwunderlich ist. Aber auch zu jener Partei, von der sich die glp einstmals abgespaltete – die Grünen – sind allerlei Ähnlichkeiten zu erkennen. Was die glp von diesen beiden Parteien sachpolitisch unterscheidet – und dabei reden wir wohlgerne nicht von den Parteiprogrammen oder den Parteispitzen, sondern von den Wählerschaften und ihren politischen Sachpräferenzen – ist die Priorisierung des Klimaschutzes (im Vergleich zur CVP) und die sozialpolitischen Haltungen (Erhöhung Rentenalter und Verschärfung Sozialrecht; im Vergleich zu den Grünen). Markante Unterschiede zwischen CVP- und glp-Wählerschaft gibt es ausserdem auch bei der Bedeutungszumessung der AHV und der Gesundheitspolitik: Wer die Reform der Altersvorsorge und das Gesundheitswesen als drängendstes Problem wahrnahm, wählte deutlich öfter CVP als glp. Das hat aber zu einem erheblichen Teil auch mit der Altersstruktur der beiden Parteien zu tun: Die CVP-Wählerschaft hat von allen Wählerschaften den höchsten Altersdurchschnitt, während die glp-Wählerschaft eine der jüngsten Wählerschaften ist.

5.2.3 Die Links-rechts-Selbsteinstufung und der Wahlentscheid

Die Links-rechts-Skala ist eine Art «Super-Dimension», welche die Haltung zu den verschiedensten Sachfragen auf einem Kontinuum zusammenfasst. Gewiss, bei der Links-rechts-Selbsteinstufung spielen neben den Sachfragenorientierungen auch noch weitere Faktoren eine Rolle. Ein Teil der Wahlberechtigten stuft sich auf dieser Achse beispielsweise anhand der vermuteten Position ihrer bevorzugten Partei ein. Trotzdem spielen Sachfragenorientierungen eine bedeutsame Rolle bei der Selbstpositionierung auf der Links-rechts-Skala (0=linksaussen, 5=Mitte und 10=rechtsaussen). Insofern zeigt die Links-rechts-Positionierung der verschiedenen Wählerschaften an, wo sich diese

ideologisch lokalisieren.

Betrachtet man die nachfolgende Abbildung 15 (siehe auch Tabelle 6 im Anhang), die gleichzeitig die Verteilung der Links-rechts-Präferenzen aller Aargauer Wählenden wie auch der einzelnen Wählerschaften zeigt, so fällt zunächst auf, dass das rechte Lager zahlenmässig grösser ist als das linke Lager. Linksaussen dominieren naturgemäss die SP (58 %) und die Grünen (36 %). Sie teilen sich die Wählerstimmen praktisch untereinander auf. Im gemässigt-linken Lager haben die beiden traditionellen Linksparteien Konkurrenz von der glp erhalten. Sie schneidet besser ab (21 %) als die Grünen (16 %) und liegt nicht mehr derart weit weg von der SP (37 %). Tatsächlich punktete die glp am meisten (21 %) im gemässigt-linken Lager und nicht etwa in der Mitte (11 %). In der Mitte des politischen Spektrums ist die Konkurrenz gross: Fast ein Drittel (31 %) jener, die sich genau in der Mitte des politischen Spektrums verorten, wählten die CVP, gefolgt von der SVP (20 %) und der FDP (16 %). Die Grünen erhielten in diesem Spektrum immerhin noch 10 Prozent Wählerstimmen, was in etwa ihrem gesamt kantonalen Wählerstimmenanteil entspricht, während die SP bloss auf sechs Prozent der Stimmen kommt. Augenscheinlich wird die SP stärker als die Grünen von den Wählenden als prononcierte Linkspartei wahrgenommen. Im gemässigt-rechten Lager teilen sich SVP (38 %) und FDP (34 %) den Löwenanteil der Stimmen, während rechtsausen die SVP konkurrenzlos ist (80 %).

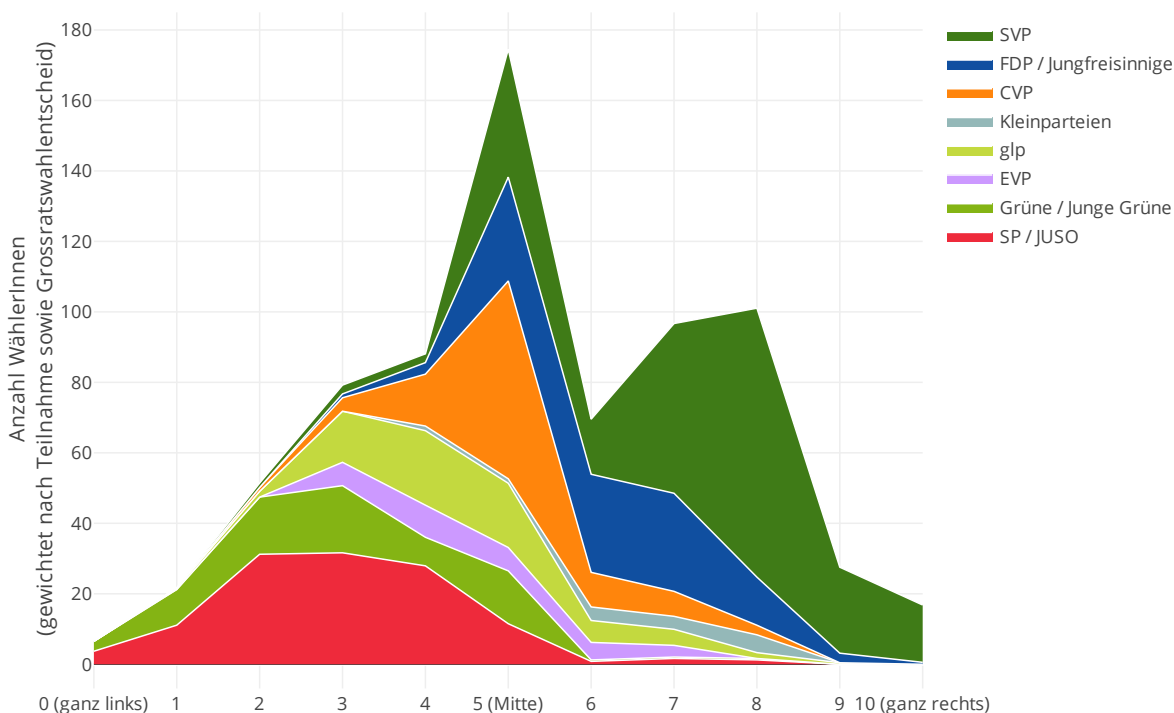


Abbildung 15: Parteiwahl Grossrat nach Links-rechts-Selbsteinstufung (n = 733)

5.3 Wählerwanderungen

Im Nachgang zu Wahlen interessiert oftmals, ob und welche Verschiebungen es zwischen den Parteien gab. Solche Wählerwanderungen mit Umfragedaten nachzuzeichnen, ist bei Schweizer Wahlen nicht unproblematisch. Denn zum einen können Wahlberechtigte, die bei den vormaligen Wahlen (2016) zwar noch teilnahmen, aber 2020 nicht mehr im Kanton Aargau wahlberechtigt sind (z. B. verstorben oder weggezogen), aus naheliegenden Gründen nicht mehr in die Stichprobe gelangen. Zum anderen fällt es wegen der Panaschiermöglichkeit schwer, Wechselwähler eindeutig zu identifizieren. So ist beispielsweise denkbar, dass eine Wählerin an beiden Wahlen Kandidierende von den beiden gleichen Parteien wählte (z. B. von SP und Grünen), aber in einem unterschiedlichen Mischverhältnis (z. B. 2016 mehrheitlich SP- und 2020 mehrheitlich Grünen-Kandidierende). Ist eine solche Wählerin eine Wechselwählerin?

Das erstgenannte Problem lässt sich mit Umfragedaten nicht beheben, während das letztere pragmatisch gelöst wurde: Wer von einer Partei die meisten Kandidierenden wählte, galt als Wählende/r dieser Partei. Allerdings kommt noch ein weiteres Problem hinzu: Um Wählerwanderungen ermitteln zu können, wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob und wen sie 2016 gewählt haben. Ein Teil der Befragten konnte sich nicht mehr an das vergangene Wahlverhalten erinnern, weshalb sie in der Analyse auch nicht berücksichtigt werden konnten. Kurz, für die Analyse der Wählerströme wurden nur jene berücksichtigt, die an beiden Wahlen im Aargau wahlberechtigt waren und sich auch an ihr Wahlverhalten erinnerten (n = 1'824). Wir haben somit die Neu- oder Erstwählenden für die Analyse der Wählerwanderungen bewusst weggelassen.

Veränderungen in den Parteistärken zwischen zwei Wahlen werden oftmals ausschliesslich mit Wechselwählenden in Verbindung gebracht. Aber aus Wahlnachbefragungen ist bekannt, dass ein beträchtlicher Teil dieser Verschiebungen weniger auf Wählerwanderungen zwischen Parteien, sondern vielmehr auf Mobilisierungs- bzw. Demobilisierungsprozesse zurückzuführen ist. Mit anderen Worten: Parteien verlieren oft Stimmen, weil ihre vormals Wählenden nicht mehr teilnehmen, wegziehen oder versterben, und gewinnen umgekehrt Stimmen hinzu, weil bis anhin Wahlabsinente nun teilnehmen bzw. Zugezogene, Neuwählende oder Eingebürgerte erstmals zum bestehenden Wahlkörper hinstossen. Kurz, der Wahlkörper selbst unterliegt einem (z. T. massiven) Wandel. Von diesem Wandel profitieren einige Parteien, während für andere Parteien daraus Verluste resultieren.⁶

Die Mobilisierungs- vs. Demobilisierungsbilanz bei den Wahlen im Kanton Aargau sieht wie

⁵ Eine interaktive Version dieser Grafik ist verfügbar unter fokus.ag/7/wanderung-materiell

⁶ Dank den Stimmregisterdaten aus der Stadt St. Gallen sind für diese Stadt gar exakte Zahlen zu den Nationalratswahlen 2019 zugänglich: Über ein Fünftel jener, die 2015 teilnahmen (und auch 2019 noch wahlberechtigt waren), blieben der Urne 2019 fern. Umgekehrt nahmen 2019 rund 17 Prozent teil, die 2015 – obschon wahlberechtigt – nicht partizipierten. Mit anderen Worten: Die St. Galler Parteien verloren im Durchschnitt einen Fünftel ihrer vormals Wählenden an die Partei der "Nicht-Wähler". Gleichzeitig haben sie 17 Prozent an Wählenden durch Neumobilisierung bisher Abstinenten gewonnen. Kurz, obschon die Ergebnisse Schweizer Wahlen in der Regel eine hohe Stabilität aufweisen, tut sich auf individueller Ebene erstaunlich viel. Wenn wir sodann all jene berücksichtigen, die mindestens an einer der beiden Wahlen wahlberechtigt waren, so fallen die entsprechenden Werte noch extremer aus. Von jenen, die 2015 in der Stadt St. Gallen teilnahmen, blieben 2019 18 Prozent der Urne fern und weitere 16 Prozent waren nicht mehr Teil des St. Galler Elektorats (z. B. verstorben oder weggezogen). Mit anderen Worten: Die Parteien in der Stadt St. Gallen "verloren" im Schnitt rund ein Drittel ihrer Wählerschaften, konnten aber einen erheblichen Teil davon wieder durch Wechselwählende, Neu- und Erstwählende, Neuzuzüger und kürzlich Eingebürgerte kompensieren.

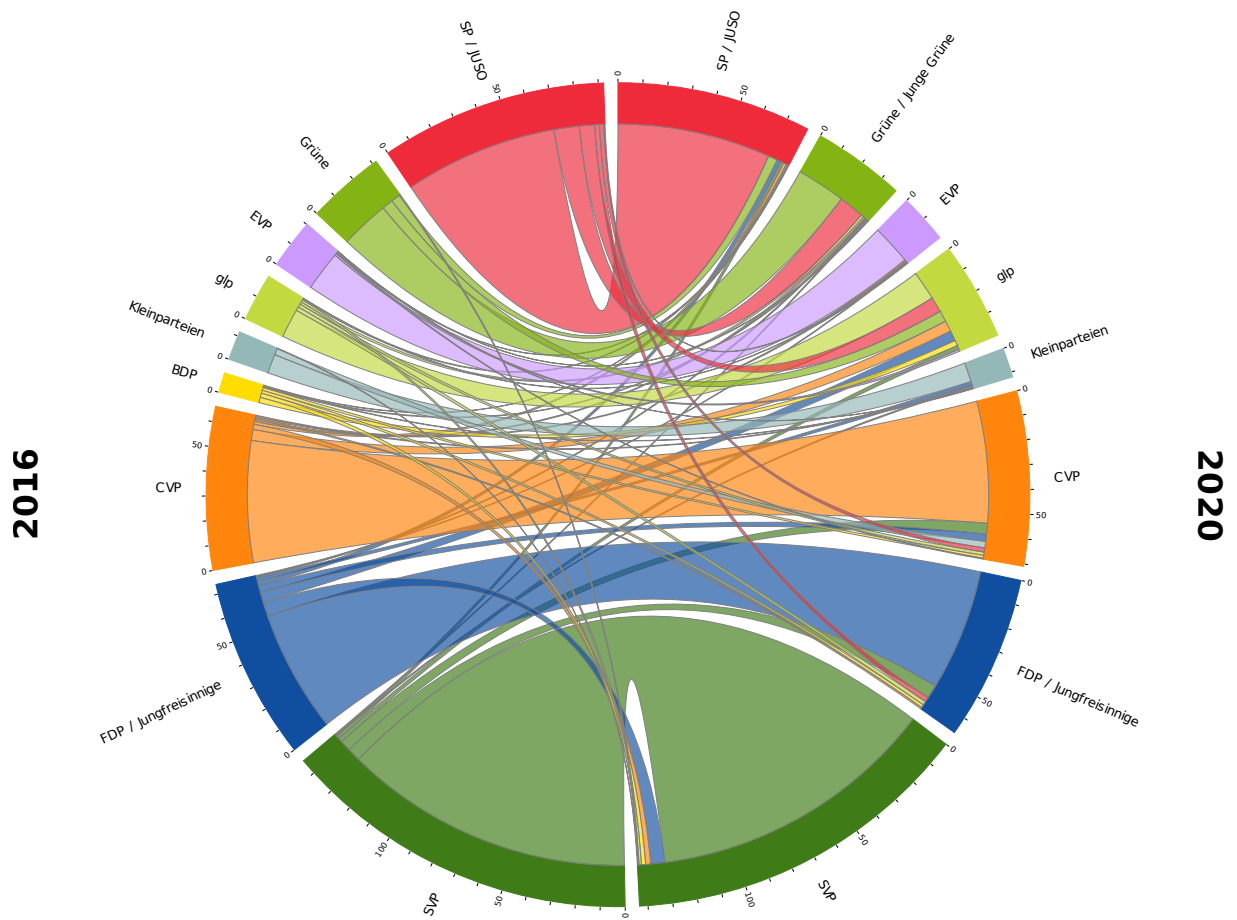


Abbildung 16: Wählerwanderungen zwischen Grossratswahl 2016 und 2020, nur materiell Wählende (n = 470)⁵

folgt aus: Rund 24 Prozent der 2016 Wählenden nahmen 2020 nicht mehr teil, während knapp 25 Prozent jener, die 2020 teilnahmen, der Urne vor vier Jahren noch fern geblieben waren. Kurz, die Aargauer Parteien verloren im Schnitt etwa ein Viertel ihrer vormals Wählenden, konnten dies aber – über alle Parteien hinweg – mit Stimmen kompensieren, die von Wahlberechtigten stammten, die 2015 der Urne ferngeblieben waren.⁷ Wie gesagt, diese rund 24 Prozent sind ein Durchschnittswert für alle Parteien.

Wie schon bei den Nationalratswahlen 2019 war es die CVP, welche ihre vormals Wählenden am besten zu mobilisieren vermochte: 70 Prozent der ehemals CVP-Wählenden gaben ihr auch 2020 die Stimme. Nur 14 Prozent nahmen nicht mehr teil. Stimmen verlor die CVP hauptsächlich an eine Mitte-Konkurrentin: Die glp. Rund 7 Prozent der 2016 CVP-Wählenden wechselten heuer zur glp. Insgesamt aber gilt: Vor allem dank der Loyalität ihrer Stammwählerschaft gelang es der CVP, ihren Wähleranteil leicht auszubauen.

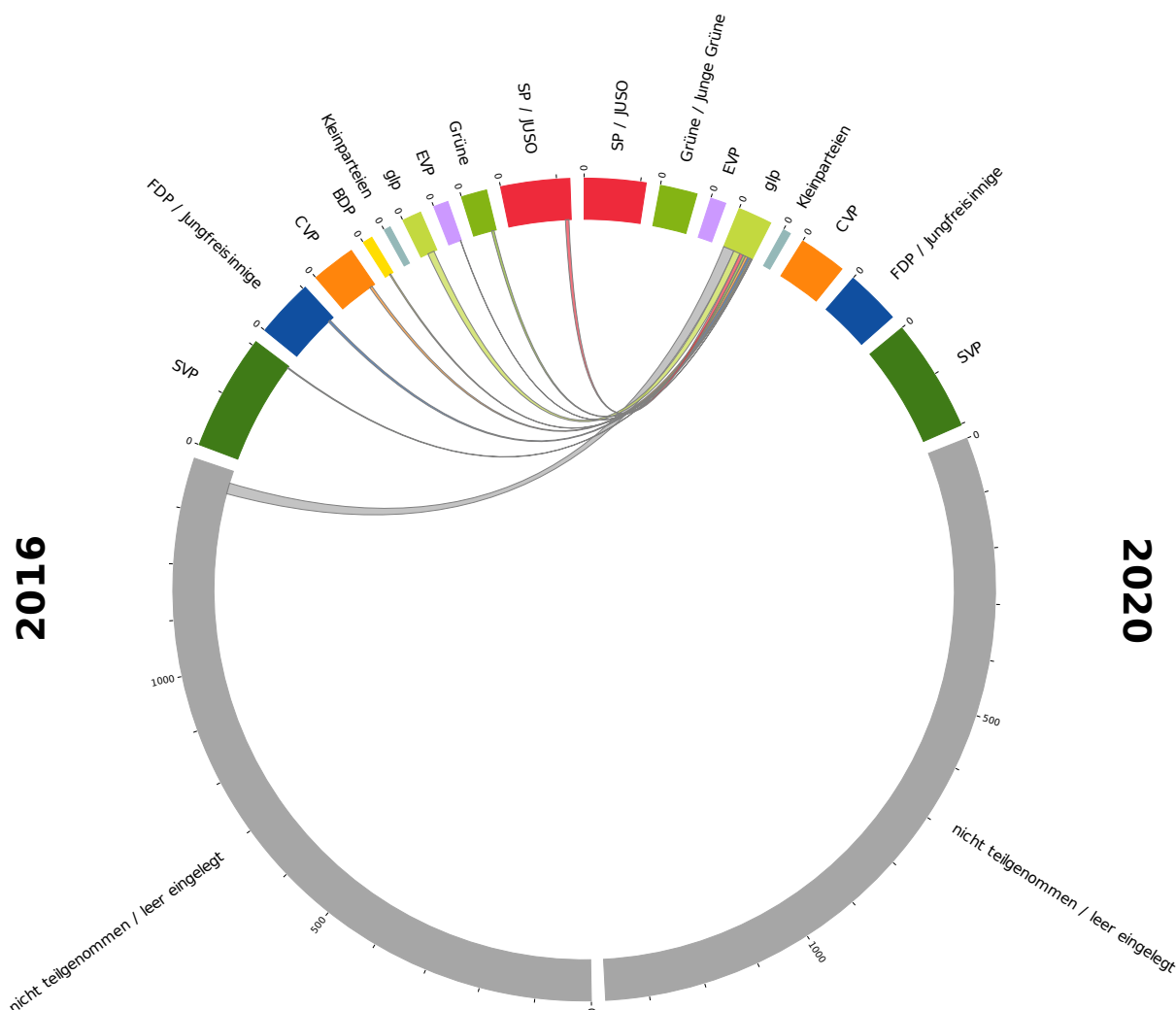


Abbildung 17: Wählerwanderung zur glp zwischen Grossratswahl 2016 und 2020 (n = 61)⁸

⁷ Wir haben die Stimmberechtigtenzahlen nicht mitberücksichtigt. Tatsächlich hat die Anzahl Stimmberechtigter im Kanton Aargau zwischen den beiden Wahlen um 12'588 zugenommen, was rund 3 Prozent aller aktuell Stimmberechtigten entspricht.

⁸ Eine interaktive Version dieser Grafik ist verfügbar unter fokus.ag/7/wanderung

Die glp wiederum hatte – etwas überraschend – mit Mobilisierungsproblemen zu kämpfen: Mehr als ein Drittel (36 %) ihrer Wählerschaft von 2016 nahm heuer nicht mehr teil. Hinzu kommt: Lediglich 44 Prozent von ihnen wählten abermals die glp. Stimmen verlor die glp an die FDP (5 %), CVP (4 %) und die Grünen (4 %). Sie machte diese Verluste indessen mit Stimmengewinnen aus fast allen Parteilagern mehr als wett: 5 % der vormals FDP-Wählenden, 6 % der ehemals SP-Wählenden, 7 % der CVP-Wählenden von 2016 und 12 Prozent der vormals Grünen-Wählenden liefen ins glp-Lager über. Übertroffen wurden diese Werte indessen noch von den BDP-Wählenden von 2016: 16 Prozent von ihnen wählten 2020 die glp. Damit war die glp die Hauptprofiteurin des BDP-Rückzugs. Insgesamt lässt sich somit sagen, dass die glp zwar nachwievor keine gefestigte Stammwählerschaft aufweist, auf deren Teilnahmedisziplin sie bei Wahlen zählen kann. Aber ihr gelingt es aktuell ausserordentlich gut, Wählende anderer Parteien zum Wechsel zu überzeugen.

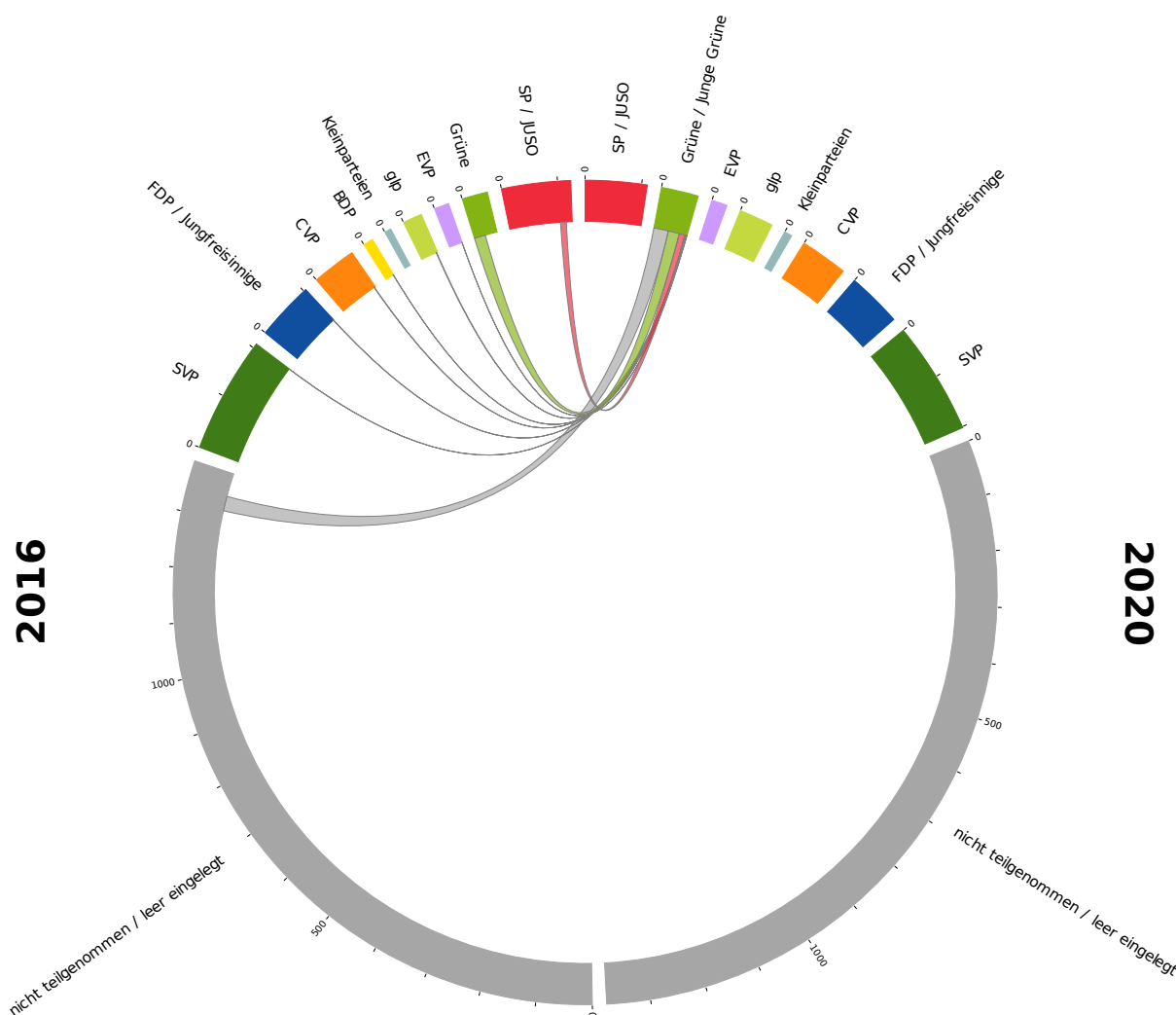


Abbildung 18: Wählerwanderung zu den Grünen zwischen Grossratswahl 2016 und 2020 (n = 67)⁹

Die zweite Wahlgewinnerin, die Grünen, mobilisierte ihre Wählerschaft von 2016 ebenfalls nur mässig. Rund 78 Prozent von ihnen nahmen teil, aber nur etwas mehr als die Hälfte (55 %) gab ihnen nochmals die Stimme. Ausserdem verloren die Grünen rund 10 Prozent ihrer damaligen Wähler-

⁹ Eine interaktive Version dieser Grafik ist verfügbar unter fokus.ag/7/wanderung

schaft an die SP und gar 12 Prozent an die glp. Im «Gegenzug» erhielten die Grünen indessen rund 11 Prozent der SP-Wählerschaft von 2016, was sich als höchst profitables «Tauschgeschäft» für die Grünen erwies, wenn man bedenkt, dass die SP-Wählerschaft von 2016 (in absoluten Zahlen ausgedrückt) mehr als doppelt (18.9 %) so zahlreich war als jene der Grünen (7.1 %). Mit anderen Worten: Die Gewinne der Grünen und die Verluste der SP stehen in einem engen Zusammenhang. Tatsächlich hatten rund 20 Prozent der Grünen-Wählerschaft von 2020 letztmals noch SP gewählt. Der Grünen-Erfolg ist demnach vor allem dem Zustrom ehemaliger SP-Wählenden zu verdanken. Die SP-Wählerschaft von 2016 auf der anderen Seite nahm auch 2020 fleissig teil (rund 80 %). Die SP vermochte ihre Wählerschaft demnach gut zu mobilisieren, aber, wie gesagt, fast jede/r Zehnte legte dieses Mal grün ein. Wie schon bei den Nationalratswahlen «befeuerte» die SP das grüne «Wahlwunder» bis zu einem gewissen Grad. Ausserdem verlor die SP ehemalige Wählende an die glp (5 %).

Die SVP-Niederlage liegt hauptsächlich darin begründet, dass sie ihre Wählerschaft von 2016 heuer nur bedingt an die Urnen treiben konnte. Denn die SVP verlor zwar kaum welche Stimmen an andere Parteien (knapp 4 % wählten dieses Mal FDP), aber mehr als ein Viertel (26 %) der ehemaligen Wählerschaft blieb 2020 den Urnen fern. Die FDP wiederum verlor Stimmen an die SVP (6 %), an die glp (5 %) und an die CVP (3 %). Die Remobilisierungsrate (76 %) der FDP war bloss durchschnittlich, was letztlich in leichten Verlusten resultierte.

Aufgrund der geringen Fallzahlen sind Aussagen zu den kleineren Parteien mit einer grösseren Unschärfe behaftet. Die BDP-Wählerschaft von 2016 musste infolge des Entscheids der BDP, nicht mehr an den Wahlen anzutreten, eine neue politische «Wahlheimat» suchen. Fast die Hälfte (49 %) sah gänzlich davon ab, teilzunehmen.¹⁰ Diejenigen, die partizipierten, präferierten die glp vor der SVP, der FDP und CVP. Die EVP und EDU hatten in unserer Stichprobe eine hohe Remobilisierungsrate, demnach treue Stammwählerschaften. Wie gesagt, die Fallzahlen lassen hier nur eine vorsichtige Tendenzaussage zu.

Bei einer letzten «Parteiwählerschaft», die Gruppe der Nicht-Wählenden von 2016, stellen die Fallzahlen kein Problem dar. Im Gegenteil, sie ist gar mit Abstand die grösste Gruppe unter allen «Parteiangehörigen». Mehr als zwei Drittel der Stimmberechtigten nahmen 2016 bekanntermassen nicht teil. Bloss, auch hier fällt es nicht so leicht, statistisch verlässliche Aussagen zu machen. Denn eine überwältigende Mehrheit von ihnen (89 %) nahm auch 2020 nicht teil. Im Umkehrschluss heisst das, dass bloss eine/r von zehn Abstinenten von damals heuer zur Urne ging. Von ihnen wählten insgesamt rund 4 Prozent die SVP, während knapp 2 Prozent SP einlegten. Auffallend ist aber, dass die Grünen unter den Nicht-Wählenden von 2016 gut mobilisierten. Sie erzielten unter ihnen einen ähnlich hohen Wähleranteil wie die SP.

¹⁰ Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Parteisymphathisierende und ehemals Wählende nicht dieselbe Gruppe sind. Die Beteiligungsquote der (aktuellen) BDP-Symphathisierenden betrug, wie im Beteiligungskapitel gezeigt, weniger als 20 Prozent. Die ehemals BDP-Wählenden (die sich nicht zwingend mit der BDP identifizieren oder mittlerweile die Sympathien gewechselt haben) beteiligten sich indessen öfter.

¹¹ Eine interaktive Version dieser Grafik ist verfügbar unter fokus.ag/7/wanderung

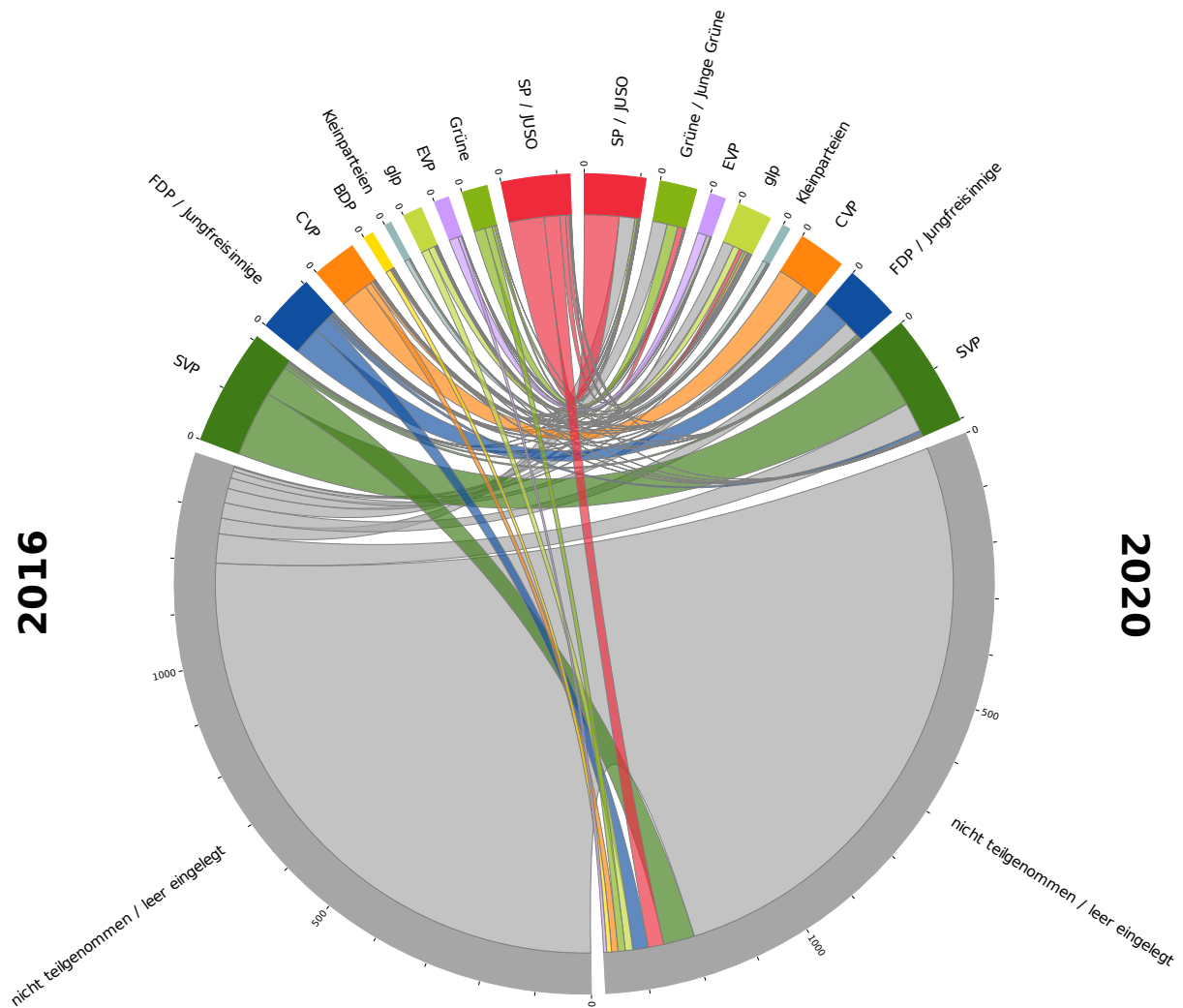


Abbildung 19: Wählerwanderungen zwischen Grossratswahl 2016 und 2020 (n = 2'043)¹¹

5.4 Neuwählerinnen und Neuwähler

Abschliessend soll kurz auf die Neuwählenden eingegangen werden. Ihre Zahl ist im Vergleich zur Gesamtzahl aller Teilnehmenden gering. Wie im Beteiligungskapitel aufgezeigt, beteiligten sich die jungen Stimmberechtigte deutlich seltener an der Wahl als ältere Stimmberechtigte. Deshalb sind auch die Fallzahlen in der vorliegenden Stichprobe gering ($n = 32$). Die nachfolgenden Aussagen zum Wahlverhalten der Erstwählenden sind demnach mit gebotener Umsicht zu interpretieren.

Die beiden mit Abstand beliebtesten Parteien unter den Neuwählenden sind die SP und die Grünen (je 31 % in unserer Stichprobe). FDP und glp erzielten ebenfalls überdurchschnittlich hohe Wähleranteile, während SVP und CVP im Vergleich zu ihrem kantonalen Gesamtergebn unterdurchschnittlich abschnitten.

6 Methodischer Steckbrief

6.1 Die Datenerhebung

Als Auswahlrahmen der vorliegenden Erhebung diente das kantonale Einwohnerregister (ERS) des Kantons Aargau. Statistik Aargau zog aus dieser vollständigen Liste der Grundgesamtheit aller kantonalen Wahlberechtigten eine Zufallsstichprobe von 10'000 Zielpersonen. Durch dieses Vorgehen wird in einem ersten Schritt (Auswahlrahmen) eine lückenlose Abdeckung der Zielpopulation (Aargauer Stimmberechtigte) gewährleistet. Die Zielpersonen erhielten ein Einladungsschreiben per Post, welches einen Zugangscode für den Online-Fragebogen enthielt. Eine Woche nach dem Einladungsschreiben folgte ein Erinnerungsschreiben an jene Personen, von welchen bislang keine Teilnahme registriert werden konnte. Dem Erinnerungsschreiben an Personen mit Jahrgang 1970 und älter lag zudem ein gedruckter Fragebogen bei, womit diese Subgruppe auch klassisch via Stift und Papier teilnehmen konnte¹².

6.2 Die Stichprobe

Die Nettostichprobe umfasst insgesamt 2'186 Befragte, wovon etwa ein Viertel den Print-Fragebogen (n = 541) und drei Viertel den Online-Fragebogen (n = 1'645) ausfüllten.

Die nachfolgende Tabelle informiert über die Ausschöpfungsquote. Die mittlere Befragungsdauer der Online-Erhebung betrug 20.7 Minuten. Die am Urnengang Teilnehmenden sind bei politischen Nachbefragungen üblicherweise übervertreten. Auch in der vorliegenden Studie betrug die Differenz zwischen der tatsächlichen und der in der Umfrage erhobenen Partizipationsquote 34.1 Prozentpunkte.

Die Stichprobenverteilungen der Merkmale Alter, Geschlecht und Bezirkszugehörigkeit entsprechen weitestgehend den entsprechenden Verteilungen der Stimmberechtigten in der Gesamtpopulation.

6.3 Die Gewichtung

Jede Bevölkerungsumfrage weist Verzerrungen auf. Diese Verzerrungen können aus dem Verfahren (zufälliger Stichprobenfehler, *sampling error*), dem Stichprobenrahmen (*coverage error*) und aus der Stichprobenrealisierung (Interviewverweigerung, *non-response error*) resultieren. Eine Verzerrung, die dadurch bedingt ist, dass der Auswahlrahmen nicht alle Elemente der Grundgesamtheit enthält, kann bei der vorliegenden Erhebung prinzipbedingt nicht auftreten. Denn das kantonale

¹² Nach Möglichkeit versuchen wir, Offline-Teilnahmen via Print-Fragebogen zu vermeiden, da dieser im Gegensatz zum Online-Fragebogen zahlreichen technischen Einschränkungen unterworfen ist. So kann etwa keine Prüfung der Antwortvollständigkeit zum Zeitpunkt des Ausfüllens erfolgen und es ist keine durchs vorhergehende Antwortverhalten bedingte Fragebogenführung ("Routing") möglich – stattdessen muss mit schriftlichen Hinweisen Vorlieb genommen werden, welche die TeilnehmerInnen öfters einmal ignorieren.

Tabelle 1: Ausschöpfung der Stichprobe

	Anzahl	Anteil in %
Stichprobengrösse / versendete Fragebögen	10'000	100.0
Qualitätsneutrale Ausfälle		
weggezogen (allfällige Nachsendefrist abgelaufen)	9	0.1
unter angegebener Adresse nicht ermittelbar	53	0.5
verstorben	5	0.0
bekommt keine Abstimmungsunterlagen	4	0.0
Total	71	0.7
Mögliche Interviewteilnehmende	9'929	100.0
Systematische Ausfälle		
durchgehend unplausibles Antwortverhalten	0	0.0
abgebrochen ¹	171	1.7
möchte nicht teilnehmen / verweigert	81	0.8
kann nicht teilnehmen / verhindert	15	0.2
stillschweigende Nichtteilnahme	7'462	75.2
Total	7'729	77.8
Realisierte Interviews		
online	1'645	16.7
schriftlich	541	5.4
Total	2'186	22.2

¹ Auch die Antworten der abgebrochenen Interviews wurden in den Analysen wo immer möglich berücksichtigt. Folglich kann die Anzahl Beobachtungen maximal um die Anzahl abgebrochener Interviews über dem Total der realisierten Interviews zu liegen kommen.

Einwohnerregister ist eine vollständige Liste der Zielpopulation¹³. Nicht alle gemäss Auswahlplan vorgesehenen Befragten sind indessen erreichbar bzw. nehmen auch tatsächlich teil. Die Ausschöpfungsquote der vorliegenden Erhebung beträgt beispielsweise 22.2 Prozent. 77.8 Prozent konnten demnach nicht erreicht werden bzw. waren nicht bereit, an der Umfrage teilzunehmen. Unterscheiden sich die Umfrageteilnehmer/innen systematisch von den Umfrageverweiger/innen – wie oft der Fall¹⁴ – hat eine mangelnde Ausschöpfung Stichprobenverzerrungen zur Folge. Um diese zu korrigieren, werden gemeinhin Gewichtungsverfahren eingesetzt.

Auch bei der vorliegenden Studie wurden Gewichtungsfaktoren verwendet. Das dabei eingesetzte

¹³ In der Praxis kommt es aufgrund der Zeitverzögerungen zwischen der Registeraktualisierung sowie der Stichprobenziehung einerseits und dem Versand unserer Einladungsschreiben andererseits dennoch zu einigen durch Umzüge, Todesfälle etc. bedingten Ausfällen (vgl. Tabelle 1), was allerdings bloss vernachlässigbar kleine Verzerrungen nach sich zieht.

¹⁴ So haben diesmal etwa 68.1 Prozent der Umfrageteilnehmer/innen gemäss Eigenangabe abgestimmt, während dies tatsächlich nur 34 Prozent der stimmberechtigten Aargauer/innen taten (exkl. Auslandschweizer/innen).

Gewichtungsverfahren war ein Kalibrationsverfahren¹⁵, das *Iterative Proportional Fitting (IPF*, auch *Raking* oder *Raking Ratio* genannt). Mit einem bestimmten Algorithmus¹⁶ werden beim Raking die Randverteilungen zwischen Stichprobe und den bekannten Parametern der Grundgesamtheit durch ein iteratives Vorgehen in Einklang gebracht.¹⁷

Der Erfolg eines Raking-Verfahrens ist im Wesentlichen davon abhängig, ob die folgende Annahme zutrifft: Die Respondenten *innerhalb der einzelnen Klassen* einer Gewichtungsvariablen müssen stellvertretend für die Nichtrespondenten in denselben Klassen stehen. Am Beispiel des Mittelwertes als interessierende Grösse bedeutet dies: $\bar{Y}_r = \bar{Y}_n$, wobei r für die Gruppe der Respondenten innerhalb einer bestimmten Merkmalsgruppe steht (z. B. über 60-jährige Frauen) und n für die Nicht-Respondenten aus derselben Gruppe. Diese Annahme kann nicht überprüft werden. Aber gleichzeitig macht sie auf die grosse Bedeutung der Auswahl der Gewichtungskriterien aufmerksam. Für unsere Studie wurde eine Angleichung nach den Kriterien Teilnahme und Entscheidverhalten (sowohl Grossrats- als auch Regierungsratswahlen) vorgenommen.

6.4 Zur Inferenz

Resultate von Bevölkerungsumfragen sind stets mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Bei Zufallsstichproben kann man diese Unsicherheit indessen angeben. Getan wird dies in aller Regel, indem man für alle Statistiken auch das zugehörige *Konfidenzintervall* ausweist. Dieses Intervall gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer von vornherein festgelegten Wahrscheinlichkeit zu liegen kommt. Diese Wahrscheinlichkeit (auch «Konfidenzniveau» genannt) haben wir auf 95 Prozent festgelegt («doppelter Standardfehler»). Die entsprechende Bandbreite informiert demnach darüber, in welchem Prozentbereich der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit zu liegen kommt. Das 95 %-

¹⁵ Die in der Literatur verwendete Terminologie ist leider nicht einheitlich. Ab und an wird das hier verwendete Verfahren auch generell als Poststratifikation bezeichnet. Darunter verstehen wir Gewichtungsverfahren, die eine Angleichung der Stichprobenwerte aller (kreuztabulierten) Gewichtungsklassen an deren bekannte Populationsverteilung vornehmen. Wir beschränken den Begriff der Poststratifikation auf Verfahren, bei denen Zellsommen (im Gegensatz zu Randsommen, vgl. Kalibration) angeglichen werden. Unter Kalibrierungsverfahren verstehen wir hingegen Adaptionstechniken, mit denen die Randverteilungen der realisierten Stichprobe an bekannte Randverteilungen in der Bevölkerung angeglichen werden. Der Unterschied zur Poststratifikation liegt darin, dass bei der Kalibration keine Schichtung in sich *gegenseitig ausschliessende* Strata vorgenommen wird. Mit anderen Worten: Es werden keine Sollvorgaben für einzelne Gewichtungszellen definiert, sondern lediglich für die Randsommen.

¹⁶ Die klassische IPF-Prozedur gleicht die Randsommen einer Stichprobe den vorgegebenen Randsommen iterativ nach folgendem Algorithmus an:

$$\hat{m}_{ij}^{(2\eta-1)} = \frac{\hat{m}_{ij}^{(2\eta-2)} x_{i+}}{\sum_{k=1}^J \hat{m}_{ik}^{(2\eta-2)}}$$

$$\hat{m}_{ij}^{(2\eta)} = \frac{\hat{m}_{ij}^{(2\eta-1)} x_{+j}}{\sum_{k=1}^I \hat{m}_{kj}^{(2\eta-1)}}$$

¹⁷ Für unsere Schätzung haben wir das R-Paket *anesrake* verwendet. *anesrake* erlaubt ein sogenanntes *Trimming* (auch *Truncating* genannt) der Gewichte. Gemeint ist damit eine «Plafonierung» der Gewichtungswerte, indem eine Obergrenze definiert wird. Generell wird dadurch, dass man Obergrenzen (und teilweise auch Untergrenzen) für die Gewichtungswerte festlegt, verhindert, dass einzelnen Beobachtungen extrem hohe Gewichtungswerte zugewiesen werden. Gleichzeitig wird dadurch auch eine Verringerung des MSE angestrebt. In der angewandten Forschung kursieren unterschiedliche Richtwerte dazu. Wir haben einen Maximalwert von 5 definiert, die tatsächlich errechneten Maximalgewichte betragen allerdings nur 2.07 (nach Teilnahme) bzw. 3.47 (nach Stimmentscheiden). Die kleinsten errechneten Gewichte kamen indes bei 0.5 (nach Teilnahme) bzw. 0.52 (nach Stimmentscheiden) zu liegen.

Konfidenzintervall ist dabei vom Stichprobenumfang (n) wie auch der Verteilung der Variablenwerte ($\hat{p} \cdot (1 - \hat{p})$) abhängig.

$$p_{o,u} = \pm 1.96 \cdot \sqrt{\frac{\hat{p} \cdot (1 - \hat{p})}{n}}$$

Dazu ein Beispiel: Gehen wir zunächst von einem ausgeglichenen Stimmenverhältnis (d. h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von 1'000 Befragten aus. In einem solchen Fall betrüge der Stichprobenfehler ± 3.1 Prozentpunkte und das dazugehörige Konfidenzintervall käme demnach zwischen 46.9 und 53.1 Prozent zu liegen. Mit anderen Worten: Der wahre Wert in der Grundgesamtheit aller Aargauer Stimmenden käme mit einer 95 %-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.9 und 53.1 Prozent zu liegen. Dieser Zufallsfehler erhöht sich – wie aus obiger Formel ersichtlich – mit abnehmender Befragtenzahl nach dem Wurzel-Gesetz (d. h. der Stichprobenfehler verändert sich umgekehrt proportional zur Quadratwurzel der Stichprobengrösse), verringert sich indessen, je unausgeglichener das Stimmenverhältnis ist. In der Praxis bedeutet dies, dass sich der Stichprobenfehler vor allem bei kleinen Merkmalsgruppen erheblich erhöhen kann, was in der Folge die statistische Aussagekraft der entsprechenden Resultate stark beeinträchtigt.

Anhang

Tabelle 2: Beteiligung bei den Grossratswahlen nach soziodemographischen Merkmalen

Merkmale	Stimmbeteiligung in % (gewichtet)	n	Cramér's V/ Stichprobenfehler
Total	34	2300	
Geschlecht			V = n.s.
Mann	36	1191	+/-2.7
Frau	32	1097	+/-2.8
Alter			V = 0.27***
18–29 Jahre	21	256	+/-5.0
30–39 Jahre	20	281	+/-4.7
40–49 Jahre	29	336	+/-4.9
50–59 Jahre	31	505	+/-4.0
60–69 Jahre	45	462	+/-4.5
70 Jahre und älter	58	460	+/-4.5
Haushaltseinkommen			V = 0.11**
bis 3'500 CHF	27	84	+/-9.5
3'501–6'000 CHF	33	418	+/-4.5
6'001–9'000 CHF	36	553	+/-4.0
9'001–12'000 CHF	41	388	+/-4.9
12'001–15'000 CHF	44	233	+/-6.4
>15'000 CHF	47	180	+/-7.3
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.21***
Ohne nachobligatorische Bildung	20	133	+/-6.8
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	27	850	+/-3.0
Maturität/höhere Berufsbildung	38	601	+/-3.9
Fachhochschule/Uni/ETH	51	607	+/-4.0
Zivilstand			V = 0.14***
ledig	26	500	+/-3.8
verheiratet	40	1371	+/-2.6
verwitwet	35	95	+/-9.6
geschieden	29	207	+/-6.2
anderes	29	19	+/-20.4
Konfession			V = 0.17***
konfessionslos	30	648	+/-3.5
protestantisch	44	747	+/-3.6
katholisch/christk.	36	655	+/-3.7
muslimisch	14	34	+/-11.7
Übrige	16	108	+/-6.9

Tabelle 2: Beteiligung bei den Grossratswahlen nach soziodemographischen Merkmalen

Merkmale	Stimmbeteiligung in % (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
aktuelle Hauptbeschäftigung			V = 0.22***
selbständig	42	138	+/-8.2
MitarbeiterIn Betrieb	27	41	+/-13.6
angestellt	30	1063	+/-2.8
in Lehre	14	17	+/-16.5
StudentIn/SchülerIn	29	81	+/-9.9
in Rente	52	654	+/-3.8
erwerbslos	11	26	+/-12.0
Hausfrau/-mann	26	138	+/-7.3
Sektor			V = 0.12***
Privatwirtschaft	29	884	+/-3.0
öffentliche Hand	37	369	+/-4.9
gemeinnützig/nicht-gewinnor.	49	75	+/-11.3
gemischtwirtschaftlich (z. B. SBB, SNB)	22	44	+/-12.2

In dieser und den nachfolgenden Tabellen angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe, für die das Konfidenzintervall (Konfidenzniveau = 95 %) ermittelt wurde. Um die Signifikanz eines Zusammenhangs zwischen zwei Variablen zu überprüfen, wurde jeweils der Pearsons Chi-Quadrat-Test verwendet. *** steht dabei für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Promille ($Pr < .001$), ** für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent ($Pr < .01$) und * für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als fünf Prozent ($Pr < .05$). Um die Stärke des Zusammenhangs auszuweisen, wurde das Chi-Quadrat-basierte Assoziationsmass Cramérs V ausgewiesen (auf der Basis der gewichteten Werte). Cramérs V kann dabei Werte zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang) annehmen.

Tabelle 3: Beteiligung bei den Grossratswahlen nach psychologischen und politischen Merkmalen

Merkmale	Stimmbeteiligung in % (gewichtet)	n	Cramér's V/ Stichprobenfehler
Total	34	2300	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.13***
Linksaussen (0-2)	45	258	+/-6.1
Links (3,4)	42	516	+/-4.3
Mitte (5)	32	562	+/-3.9
Rechts (6,7)	35	439	+/-4.5
Rechtsaussen (8-10)	50	301	+/-5.6
Weiss nicht/k.A.	5	138	+/-3.6
Parteisympathie			V = 0.32***
FDP	46	267	+/-6.0
CVP	45	208	+/-6.8
SP	54	348	+/-5.2
SVP	37	466	+/-4.4
GLP	46	229	+/-6.5
Grüne	48	208	+/-6.8
EVP	40	45	+/-14.3
BDP	18	23	+/-15.7
andere Partei	56	25	+/-19.5
keine	11	322	+/-3.4
Politisches Interesse			V = 0.50***
sehr interessiert	75	705	+/-3.2
eher interessiert	36	1127	+/-2.8
eher nicht interessiert	9	377	+/-2.9
überhaupt nicht interessiert	1	79	+/-2.2
Verbundenheit Kanton			V = 0.19***
gar nicht	13	60	+/-8.5
eher wenig	26	149	+/-7.0
mittel	27	481	+/-4.0
eher stark	34	836	+/-3.2
stark	46	754	+/-3.6
Vertrauen in Regierungsrat (0-10)			V = 0.21***
sehr tief (0-2)	18	90	+/-7.9
tief (3-4)	34	187	+/-6.8
mittel (5)	27	347	+/-4.7
eher hoch (6-7)	40	674	+/-3.7
sehr hoch (8-10)	52	741	+/-3.6
Vertrauen in Grossrat (0-10)			V = 0.15***

Tabelle 3: Beteiligung bei den Grossratswahlen nach psychologischen und politischen Merkmalen

Merkmale	Stimmbeteiligung in % (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
sehr tief (0-2)	18	92	+/-7.9
tief (3-4)	39	256	+/-6.0
mittel (5)	33	419	+/-4.5
eher hoch (6-7)	43	748	+/-3.5
sehr hoch (8-10)	46	516	+/-4.3

Tabelle 4: Wahlentscheid Grossratswahlen nach soziodemographischen Merkmalen (Zeilenprozen-
te)

Merkmale	SVP	SP	FDP	CVP	Grüne	glp	EVP	EDU	Übrige
Geschlecht									
Männer (836)	33	14	16	12	8	10	4	2	1
Frauen (721)	27	20	12	14	12	9	4	1	0
Alter									
18–29 Jahre (136)	18	25	11	2	22	16	4	3	0
30–39 Jahre (142)	30	19	18	8	5	10	8	0	1
40–49 Jahre (211)	30	11	16	11	11	12	6	3	1
50–59 Jahre (329)	28	15	14	12	14	11	3	2	2
60–69 Jahre (357)	33	19	11	14	10	8	3	2	0
>69 Jahre (391)	34	16	18	18	5	5	4	1	0
Geschlecht/Alter kombiniert									
Männer 18–29 Jahre (70)	22	18	9	2	15	27	4	4	0
Männer 30–39 Jahre (64)	33	11	22	4	5	16	6	0	2
Männer 40–49 Jahre (101)	34	6	22	9	9	12	5	2	1
Männer 50–59 Jahre (167)	29	12	16	11	12	10	3	4	3
Männer 60–69 Jahre (192)	34	19	11	15	9	7	4	1	0
Männer >69 Jahre (221)	36	15	19	16	4	5	5	0	0
Frauen 18–29 Jahre (66)	13	31	13	2	30	6	4	2	0
Frauen 30–39 Jahre (78)	28	26	15	11	5	4	10	0	0
Frauen 40–49 Jahre (110)	26	15	11	12	13	12	7	3	0
Frauen 50–59 Jahre (162)	27	18	12	13	16	12	2	0	0
Frauen 60–69 Jahre (165)	33	19	10	13	10	9	3	3	0
Frauen >69 Jahre (170)	31	17	16	22	5	6	3	1	0
Schulabschluss									
obligatorische Schule (59)	45	17	6	20	8	5	0	0	0
Berufslehre, Handelsdiplom (518)	41	14	13	15	8	5	3	1	0
Gymnasium, Berufsmatura (118)	17	26	16	8	14	14	2	2	0
Höhere Berufsausbildung (312)	34	14	15	12	9	8	5	1	1
Fachhochschule (264)	17	19	13	13	12	13	9	3	0
Universität, ETH (229)	17	18	21	11	12	17	1	3	0
Zivilstand									
ledig (294)	25	22	14	5	17	15	1	2	0
verheiratet/eing. Partner. (1'016)	32	13	15	16	8	8	5	2	0
verwitwet (66)	32	20	18	16	4	2	8	0	0
geschieden/aufgelöst (133)	34	24	13	6	15	5	1	1	0
Konfessionszugehörigkeit									
konfessionslos (417)	33	18	14	6	14	11	2	1	0

Tabelle 4: Wahlentscheid Grossratswahlen nach soziodemographischen Merkmalen (Zeilenprozen-
te)

Merkmale	SVP	SP	FDP	CVP	Grüne	glp	EVP	EDU	Übrige
protestantisch/reformiert (571)	29	16	20	8	8	9	8	3	0
katholisch/christk. (460)	31	15	10	27	9	8	1	0	0
Übrige (62)	27	19	9	7	8	6	13	10	2
Staatsbürgerschaft bei Geburt									
Schweiz (1'296)	31	16	15	13	9	9	5	2	0
Schweiz plus weitere (53)	32	14	15	4	18	15	0	3	0
andere (161)	22	23	11	15	13	12	1	2	0
Geburtsland Eltern									
beide Schweiz (1'191)	31	16	15	13	10	9	5	2	0
ein Elternteil Ausland (150)	32	15	14	13	9	12	2	4	0
beide Eltern Ausland (162)	25	23	13	13	14	11	1	0	0

Angegeben sind gerundete Zeilenprozent. Lesebeispiel für die ersten beiden Zeilen: 33 Prozent der männlichen Teilnehmenden (n = 836) wählten SVP, 14 Prozent die SP, etc. Hingegen wählten 27 Prozent der weiblichen Teilnehmenden die SVP, 20 Prozent die SP, etc. Je geringer die Fallzahl, desto grösser Stichprobenfehler und desto geringer die Verlässlichkeit der Angaben.

Tabelle 5: Wahlentscheid Grossratswahlen nach sozioökonomischen Merkmalen (Zeilenprozente)

Merkmale	SVP	SP	FDP	CVP	Grüne	glp	EVP	EDU	Übrige
Haushaltseinkommen									
0–3000 CHF (51)	40	22	9	17	11	0	0	0	0
3001–6000 CHF (280)	39	17	8	14	9	6	4	2	0
6001–9000 CHF (385)	29	17	13	12	11	8	8	1	1
9001–12000 CHF (288)	28	18	13	10	11	12	5	3	1
12001–15000 CHF (178)	18	20	17	13	12	15	2	2	0
> 15000 CHF (141)	23	9	31	12	7	15	2	0	0
aktuelle Hauptbeschäftigung									
selbständig erwerbend (104)	33	11	21	6	11	13	2	3	0
AngestellteR (702)	28	18	14	11	11	10	5	2	0
in Ausbildung (58)	7	27	13	0	29	20	4	0	0
RentnerIn (535)	34	17	14	17	6	6	4	1	0
Hausfrau/Hausmann (82)	26	7	15	21	11	13	3	3	0
Berufliche Position Angestellte									
ohne Kaderfunktion (382)	27	21	9	8	15	11	6	2	0
mit Kaderfunktion (229)	28	17	16	13	7	10	4	2	3
mit Direktionsfunktion (59)	23	9	35	11	11	12	0	0	0
Sektor									
Privatwirtschaft (553)	31	14	18	9	9	12	5	2	1
öffentliche Hand (262)	21	25	10	15	14	9	3	3	0
gemeinnützig /NPO (60)	14	24	14	20	17	5	6	0	0
gemischtwirtschaftlich (24)	26	9	5	0	25	20	9	6	0
Wirtschaftsbereich									
Herstellung von Produkten (114)	32	10	20	10	7	11	5	3	2
Detail- und Grosshandel (67)	34	17	18	11	8	9	4	0	0
Gesundheits-/Sozialwesen (153)	22	24	6	13	20	8	7	0	0
Beratung, R&D (70)	13	13	21	16	10	17	4	5	0
Baugewerbe/Bau (53)	39	14	15	6	10	12	2	0	0
Erziehung und Unterricht (92)	4	28	9	17	18	8	7	8	0
Finanzdienstleistungen (49)	28	9	27	10	9	11	3	2	0
Verkehr und Versanddienste (26)	46	8	13	4	6	12	7	0	4
Öffentliche Verwaltung (72)	23	28	15	19	4	11	0	0	0
Information/Kommunikation (44)	18	22	11	6	17	20	5	0	0
Einkommen vs. Ausgaben									
gar nicht gut (21)	55	14	0	16	15	0	0	0	0
weniger gut (153)	43	20	10	9	10	4	3	1	0
ziemlich gut (700)	33	16	14	13	9	8	4	2	1

Tabelle 5: Wahlentscheid Grossratswahlen nach sozioökonomischen Merkmalen (Zeilenprozente)

Merkmale	SVP	SP	FDP	CVP	Grüne	glp	EVP	EDU	Übrige
sehr gut (617)	23	16	17	13	11	12	5	2	0

Angegeben sind gerundete Zeilenprozente. Lesebeispiel für die ersten beiden Zeilen: 40 Prozent der Teilnehmenden mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 3'001 CHF (n = 51) wählten SVP, 22 Prozent die SP, etc. Hingegen wählten 39 Prozent der Teilnehmenden mit einem Haushaltseinkommen zwischen 3'001 und 6'000 CHF die SVP, 17 Prozent die SP, etc. Der Stichprobenfehler (und damit die Unschärfe der Angaben) nimmt zu, je geringer die Fallzahl. Schliesslich ist zu beachten, dass weitergehende Fragen zur Erwerbstätigkeit nur den Erwerbstätigen gestellt wurde. Nur Wirtschaftsbereiche mit zumindest 20 Fällen wurden in der Tabelle auch ausgewiesen.

Tabelle 6: Wahlentscheid Grossratswahlen nach politischen Merkmalen (Zeilenprozente)

Merkmale (n)	SVP	SP	FDP	CVP	Grüne	glp	EVP	EDU	Übrige
Parteibindung									
SVP (332)	97	0	1	1	0	0	0	1	0
SP (288)	1	89	1	2	7	0	1	0	0
FDP (208)	8	1	84	2	0	2	2	1	1
CVP (160)	3	2	0	91	1	2	1	0	0
Grüne (165)	2	9	0	1	83	3	2	0	0
glp (178)	1	8	2	6	4	78	2	0	0
EVP (33)	0	1	0	5	0	0	85	9	0
BDP (11)	48	0	23	12	0	16	0	0	0
andere (17)	26	5	0	0	0	0	0	64	6
keine (108)	26	7	20	16	9	15	5	1	2
Links-Rechts-Einstufung									
Links aussen (0-2) (200)	2	58	0	1	36	3	0	0	0
Gemässigt-links (3,4) (387)	3	37	3	11	16	21	9	0	0
Mitte (5) (369)	20	6	16	31	10	11	4	1	0
Gemässigt rechts (6,7) (302)	38	2	34	10	0	7	5	3	2
Rechts aussen (8-10) (243)	80	1	2	2	0	2	0	3	0

Angegeben sind gerundete Zeilenprozente. Der Stichprobenfehler (und damit die Unschärfe der Angaben) nimmt zu, je geringer die Fallzahl.

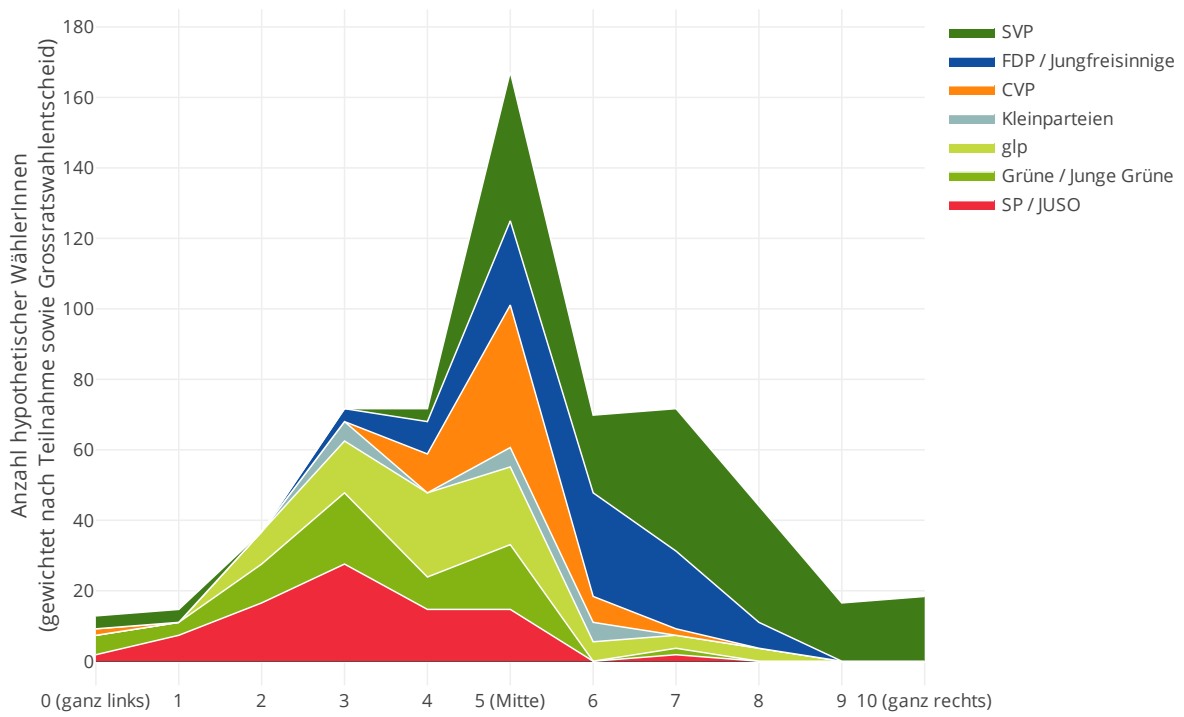


Abbildung 20: Hypothetische Parteiwahl Grossrat nach Links-rechts-Selbsteinstufung (n = 595)

Abbildungsverzeichnis

1	Teilnahme nach Alterskategorie (n = 2'300)	5
2	Teilnahme nach Parteisympathie (n = 2'050)	6
3	Teilnahme nach politischen Kenntnissen (n = 2'300)	7
4	Gründe für die Nicht-Teilnahme am Urnengang (n = 734)	8
5	Entscheidzeitpunkt der Teilnehmenden (n = 1'456)	10
6	Mediennutzungsraten (nur Teilnehmende; n = 1'456)	11
7	Kontakt mit Parteien und Kandidierenden anlässlich politischer Anlässe/Aktionen (nur Teilnehmende; n = 762)	11
8	Parteistimmen Grossratswahl 2020 nach ausgewählten soziodemografischen Merk- malen (nur materiell Wählende, d. h. ohne Leerstimmen, n = 1'245–1'456)	13
9	Einstellung der SP-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 239)	18
10	Einstellung der SVP-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 247)	19
11	Einstellung der FDP-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 151)	20
12	Einstellung der CVP-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 125)	21
13	Einstellung der Grünen-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 158)	22
14	Einstellung der glp-Wählerschaft gegenüber sachpolitischen Fragen (n = 150)	23
15	Parteiwahl Grossrat nach Links-rechts-Selbsteinstufung (n = 733)	25
16	Wählerwanderungen zwischen Grossratswahl 2016 und 2020, nur materiell Wählen- de (n = 470)	27
17	Wählerwanderung zur glp zwischen Grossratswahl 2016 und 2020 (n = 61)	28
18	Wählerwanderung zu den Grünen zwischen Grossratswahl 2016 und 2020 (n = 67)	29
19	Wählerwanderungen zwischen Grossratswahl 2016 und 2020 (n = 2'043)	31
20	Hypothetische Parteiwahl Grossrat nach Links-rechts-Selbsteinstufung (n = 595)	46

Tabellenverzeichnis

1	Ausschöpfung der Stichprobe	34
2	Beteiligung bei den Grossratswahlen nach soziodemographischen Merkmalen	37
2	Beteiligung bei den Grossratswahlen nach soziodemographischen Merkmalen	38
3	Beteiligung bei den Grossratswahlen nach psychologischen und politischen Merkmalen	39
3	Beteiligung bei den Grossratswahlen nach psychologischen und politischen Merkmalen	40
4	Wahlentscheid Grossratswahlen nach soziodemographischen Merkmalen (Zeilenprozentente)	41
4	Wahlentscheid Grossratswahlen nach soziodemographischen Merkmalen (Zeilenprozentente)	42
5	Wahlentscheid Grossratswahlen nach sozioökonomischen Merkmalen (Zeilenprozentente)	43
5	Wahlentscheid Grossratswahlen nach sozioökonomischen Merkmalen (Zeilenprozentente)	44
6	Wahlentscheid Grossratswahlen nach politischen Merkmalen (Zeilenprozentente)	45

Impressum

Die FOKUS-Aargau-Studien untersuchen das Stimmverhalten bei kantonalen Abstimmungen und Wahlen. FOKUS Aargau wird vom Swisslos-Fonds des Kantons Aargau finanziert. Die Erhebung der Daten erfolgt durch die Firma publitest aus Zürich, während die Analysen vom Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) durchgeführt werden. Die Schlussberichte sind fünf bis sechs Wochen nach dem Abstimmungs- oder Wahltermin auf der Webseite berichte.fokus.ag abrufbar, weitere Analysen finden sich unter analysen.fokus.ag. Die den Studien zugrunde liegenden Fragebogen sind auf derselben Seite frei zugänglich.

Projektverantwortung

Uwe Serdült und Thomas Milic

Autoren der vorliegenden Studie

Thomas Milic, Salim Brüggemann und Uwe Serdült, Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)

Zitiervorschlag

Thomas Milic, Salim Brüggemann und Uwe Serdült (2020): «Studie zur Aargauer Grossratswahl vom 18. Oktober 2020». *FOKUS Aargau Nr. 7*. Aarau, Zentrum für Demokratie Aarau.

ISSN: 2624-7399

ISBN: 978-3-906918-12-9

Kontakt

Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)

FOKUS Aargau

Villa Blumenhalde

Küttigerstrasse 21

CH-5000 Aarau

info@fokus.ag

www.fokus.ag